

Kostenlos

Gegenwind

Zeitung für Arbeit, Frieden, Umweltschutz

Gegenwind 241

Wilhelmshaven

Dezember 2008

Thema des Jahres 2008: Klimakiller in Wilhelmshaven



Der Streit um die Bebauung der Wiesbadenbrücke geht in eine neue Runde. Die insulanus AG erhebt auf Seite 3 schwere Vorwürfe gegen den OB.

Weiter an der Aufarbeitung der 68er versucht sich die Landesbühne Wilhelmshaven. Auf Seite 4 sagen wir Ihnen unsere Meinung zu „Albertz“.

Das Thema Kosten der Unterkunft ist ein Dauerbrenner im Gegenwind. Passend zur Weihnachtszeit verkünden wir auf Seite 5 eine frohe Botschaft.

In der alten Molkerei an der Genossenschaftsstraße wird fleißig an einem neuen Kultur- und Kommunikationszentrum für Wilhelmshaven gearbeitet. Wir berichten auf Seite 6.

Der Bund für Umwelt und Naturschutz informiert in der Nordseepassage darüber, wie Naturschutz und Förderung der regionalen Wirtschaft Hand in Hand arbeiten können. Wir informieren auf Seite 7.

Unsere Splitter von der letzten Ratssitzung finden Sie auf der Seite 8.

Das Nautimo will ein Spaßbad sein. Für Menschen mit Behinderungen hält sich, wie Sie auf Seite 11 nachlesen können, der Spaß allerdings in Grenzen.

Noch ein weihnachtlicher Titel: „Alle Jahre wieder...“ haben wir auf Seite 12 unseren Bericht über die Planungen der Wilhelmshavener Raffinerie überschrieben.

Der Einladung der Linken zum Armutsforum folgten zwar nicht viele, trotzdem war die Veranstaltung ein voller Erfolg. Seite 13.

Hartz IV und Recht – unsere Rubrik mit Tipps zum Weiterleben auf Seite 14.

Unsere Plaudereien aus der Schule finden Sie diesmal auf Seite 15.

Auf der letzten Seite geht es auf zwei Rädern ins Wirtschaftswunder – ein Bericht über eine Ausstellung im Küstenmuseum.

Wir wünschen unseren Leserinnen und Lesern, unseren Anzeigenkunden und unseren Förderern ein schönes Weihnachtsfest und ein gutes Jahr 2009.



Nein zur Kohlekraft!



...aus Wilhelmshaven!

meldungen

Weihnachtliches Lob

Erstmals ist es gelungen, in Wilhelmshaven einen attraktiven Weihnachtsmarkt auf die Beine zu stellen. Nach den eher peinlichen Versuchen in der Grenzstraße und auf der "Rambla", im zugigen Schatten der Nordseepassage, ist nun südlich der Passage ein anheimelndes Weihnachtsdorf entstanden. Eine Eislaufbahn soll zusätzlich winterliche Atmosphäre schaffen. Bisher werden der Valoisplatz und der Gotthilf-Hagen-Platz kaum für solche Zwecke genutzt, und man fragt sich täglich, wozu diese riesige Fläche versiegelt wurde - wirklich kein städtebauliches Glanzstück. Nun ist da wenigstens mal einen Monat lang Leben.

Säuerlich reagierte allerdings der Wilhelmshavener Kältetechniker Seus, der die ganze Idee für sich reklamierte und am Ende nicht mal den Auftrag für die Eisbahn erhielt.

Aus ökologischer Sicht ist der Weihnachtsrummel natürlich (grundsätzlich) fragwürdig: Naturfremde Monokulturen liefern die Weihnachtsbäume, die kurze Zeit Straßen und Wohnzimmer schmücken, um dann auf dem Müll zu landen; die öffentliche und private Beleuchtungsorgie spottet jeder Energiesparkampagne. Und nachdem wir den Globus so erwärmt haben, dass auch die Parkeiche nicht mehr zufrieren, installieren wir künstliche Eisbahnen - riesige schlecht isolierte Kühlschränke, die das Klima weiter aufheizen. Aber gut, wenn dieser Aufwand schon betrieben wird, bleibt zu wünschen, dass die BürgerInnen dieses Angebot auch nutzen und das Ganze ein Erfolg wird. (iz)

Stadthalle vs. Südzentrale

Bis zum Jahr 2019 zahlt die Stadt noch Miete für die hässliche, marode und verkehrstechnisch ungünstig gelegene Stadthalle. Planungen für einen Ersatz sind grundsätzlich nicht verkehrt, um auch mal Kultur herzukriegen, die im Pumpwerk nicht mehr passt. Derzeit überlegt eine Arbeitsgruppe, am Banter See eine Veranstaltungshalle für bis zu 3.000 Personen zu errichten. Doch muss man dafür wieder eine Fläche an einer grünen Lunge versiegeln? Ein Strandbad wäre da viel passender. Ganz abgesehen davon, dass der Zusatzverkehr durch ein Veranstaltungszentrum

die Ruhe der Gäste des im Bau befindlichen Columbia-Hotels empfindlich stören könnte. Da gibt es zum einen ja Überlegungen der Insulanus AG, eine derartige Ergänzung zum Pumpwerk auf der Wiesbadenbrücke zu errichten. Darüber hinaus gibt es aber seit langem ein Gebäude, das nach einer derartigen Nutzung geradezu schreit: Die Südzentrale. Nach vorliegenden wirtschaftlichen Berechnungen käme es einen Investor günstiger, das vorhandene historische Gebäude zu sanieren, als andernorts ein derartiges Raumvolumen neu zu errichten. Die Zufahrt könnte über die Osttangente erfolgen, ohne Anwohner oder Besucher der "Maritimen Meile" zu belästigen. Und "Südzentrale" wäre allein schon ein klingvoller Name für ein hochkarätiges Kulturzentrum, das weit über die Region hinaus Kulturstatus erlangen könnte. Also, liebe "AG Stadthalle", bezieht bitte diese Alternative in eure Überlegungen ein! (iz)



Schiffe an die Steckdose!

Zehn Wilhelmshavener Bürgerinitiativen, Umwelt- und Tierschutzvereine haben sich dem Vorschlag angeschlossen, die künftig an der Stromkaje des JadeWeserPorts (JWP) vertäuten Schiffe mit Strom von Land zu versorgen. Entsprechende Briefe sind von der Arbeitsgruppe "Schiffe an die Steckdose Wilhelmshaven" (SSW) an die Landesregierungen von Niedersachsen und Bremen als Eigentümer des Terminals, die JWP-Realisierungsgesellschaft als Bauherrn und an die künftigen Terminal-Betreiber Eurogate und Maersk verschickt worden. Bekanntlich verheizen die Schiffe auch an den Liegeplätzen hoch mit Schadstoffen belastete Brennstoffe, die meilenweit über den für Kraftfahrzeuge und Landbetriebe zulässigen Grenzwerten liegen. Die SSW will jetzt erst mal in Ruhe die Antworten abwarten, bevor sie weitere Schritte unternimmt. (jm)

Zum Titelbild

Die geplanten Kohlekraftwerke an den Standorten Wilhelmshaven, Mainz und Staudinger bei Hanau sowie die Klimaschäden durch Kohleverstromung waren die häufigsten Motive des Kreativwettbewerbs "Prima Klima - ohne Kohlekraftwerke", zu dem der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) im August aufgerufen hatte. Der erste Preis, ausgewählt von den Besuchern der Wettbewerbs-Internetseite, geht an Wolf-Dietrich Hufenbach. Sein Beitrag visualisiert den Wilhelmshavener Widerstand gegen die Pläne der Stromkonzerne e.on und Electrabel, weitere Klimakiller-Kraftwerke an die Nordseeküste zu bauen.

Der BUND macht mit dem Wettbewerb auf den geplanten Bau von deutschlandweit mehr als 25 Kohlekraftwerken aufmerksam, die für einen zusätzlichen Ausstoß von über

180 Millionen Tonnen CO₂ verantwortlich wären. Das Klimaschutzziel der Bundesregierung, den CO₂-Ausstoß bis zum Jahr 2020 im Vergleich zu 1990 um 40 Prozent zu senken, könne so nicht erreicht werden. Die Energiekonzerne versuchten hingegen, ihre Investitionspläne als "Klimaschutzmaßnahme" zu verkaufen und sich so ein grünes Mäntelchen umzuhängen.

Die Motive auf der Titelseite: **Aufgepasst** von Tobias Kolesnyk, Kevelaer; **CO₂hlekraft**: Christian Kopmann, Solingen; **Wer war das?** Dorthee Schubert, Vechta; **Kohlekraft - das kann doch keiner mehr lesen**: Christoph Kanbach, Coesfeld; **NEIN! Zu CO₂**: Niverka Khalsa und Bettina Pernesch, Heidelberg; **Klimaanlage**: Achim Mens, Solingen; **CO₂ There's no second life in real life**: Jan Portius, Bremen; **Schönen Ruß aus Wilhelmshaven**: Wolf-Dietrich Hufenbach, Wilhelmshaven. (hk)

Jetzt geht es richtig los!

Immer deutlicher ist zu bemerken, dass sich der Wahlparteitag der SPD Wilhelmshaven nähert. Der für März 2009 angesetzte Parteitag, auf dem ein neuer Kreisverbandsvorstand gewählt werden soll, wirft seine Schatten deutlich sichtbar voraus. Innerhalb der SPD hat sich bereits herumgesprochen, dass alles auf einen Machtwechsel im Vorstand hindeutet.

Natürlich gehört es zum politischen Alltag, dass man sich Mehrheiten beschafft. Und so verwundert es wenig, dass in einem Ortsverein, der als äußerst kritisch gilt, Parteifunktionäre die Mitgliederlisten abtelefonieren, um Karteileichen auf die kommenden Delegiertenwahlen einzustimmen. Eine neue Qualität des Machterhaltes kam aber in den letzten Tagen an die Parteipublikum. Im Rahmen einer Juso-Mitgliederversammlung wurde ein Gespräch thematisiert, welches zwischen Jusos, dem Kreisverbandsvorsitzenden Norbert Schmidt und dem SPD-Geschäftsführer Heino Janßen stattfand.

Schmidt und Janßen sollen dem Vertreter der Jusos in dem genannten Gespräch die Auflösung der Jusos in Wilhelmshaven durch den Kreisverband angedroht haben, wenn sich diese nicht linienkonform zeigen würden. Halten sich die Jusos aber bedeckt, könne man sich vorstellen, den einen oder anderen Juso in den Kreisverbandsvorstand zu hieven.

Hierbei ist anzumerken, dass ein Kreisverband die Jusos natürlich nicht auflösen kann. Die Jusos sind als Gremium in den Bundesstatuten der SPD verankert. So äußerte sich auch der Juso-Bundesvorstand auf Rückfrage. Was die beiden SPD-Funktionäre dazu getrieben hat, sich solcher Mittel zu bedienen, bleibt im Dunkeln. Entgegen der Aussage Schmidts und Janßens wurde das Thema Jusos und die Führung des Droh-Gesprächs nicht im Kreisverbandsvorstand besprochen oder abgestimmt.

Besonders der SPD-Geschäftsführer Heino Janßen spielt eine immer undurchsichtigere Rolle in der SPD Wilhelmshaven. So war es Janßen, der die Parteiordnungsverfahren gegen zwei Parteimitglieder anschoß (siehe Seite 10). Hinter den Kulissen scheint sich Janßen vehement für den Machterhalt der alten Führungsriege einzusetzen. Jegliche Neutralität lässt er hierbei vermissen. Quelle: www.timsommer.de (hk)



Herausgeber: GEGENWIND-Verein
Postanschrift: GEGENWIND, Adolphstr. 21
 26382 Wilhelmshaven
 Tel.: 04421 / 99 49 90
 Fax: 0180-5060 3441 9546
 eMail: gegenwind.whv@t-online.de

Redaktion: Erwin Fiege, Hannes Klöpfer (verantwortl.), Jessica Kramhöft, Anette Nowak, Imke Zwöck;

Druck: Papudis; Auflage: 4.600 Exemplare
 Bankverbindung: Volksbank Wilhelmshaven,
 Kto.-Nr. 500 355, BLZ 282 900 63

Der GEGENWIND erscheint (nach Möglichkeit)
 jeweils zum Monatsbeginn

Erscheinungstag dieser Ausgabe: 17.12.2008

www.gegenwind-whv.de

 Wir bedanken uns bei den vielen Ungenannten,
 die durch ihre Mitarbeit, durch Informationen oder
 durch ihre Politik zum Erscheinen dieser Ausgabe
 beigetragen haben.

Keine Ruhe

Die Tobersche Insulanus AG will weiterhin die Wiesbadenbrücke bebauen

(hk) Im September sollte er losgehen – der Architektenwettbewerb zur Bebauung der Wiesbadenbrücke (siehe Gegenwind 222 bis 225 und 229). Doch bisher ist nichts geschehen. Inzwischen spricht man von Frühjahr 2009 als Starttermin. Durch den Beschluss des Verwaltungsausschusses zur Durchführung eines Architekten-/Investorenwettbewerbs sollte erreicht werden, dass ein "gerichtsfestes städtebauliches Wettbewerbsverfahren" stattfindet.

In den Räumen der Insulanus AG ist man dennoch weiter am Planen – und man ist hier davon überzeugt, dass das Projekt ohne Architektenwettbewerb über die Bühne gehen sollte. Am 12. November 2008 bat Dr. M. Labahn von der European House Projektsteuerungs GmbH um einen Gesprächstermin bei OB Menzel, um mit ihm über "Erwerb und Realisierung des Projektes 'Wohn- und Eventpark Insulanus' in Wilhelmshaven – Wiesbadenbrücke" zu sprechen. In dem Brief heißt es: *Die Umsetzung des Projektes wird nicht nur Akzente für die richtungsweisende Entwicklung der Stadt Wilhelmshaven, sondern für die gesamte Küstenregion in Deutschland setzen. Mit Ihnen und allen Vertretern der Stadt Wilhelmshaven möchten wir hierzu die Voraussetzungen schaffen. Unsere Gesellschaft hat die Mittel für das Projekt, auch in der gegenwärtigen nationalen und internationalen schwierigen Situation, zur Verfügung.*

Kein Bedarf

Am 21. November folgte ein weiterer Brief an den Oberbürgermeister: *Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Menzel, mit unserem Schreiben vom 12. November 2008 ersuchten wir einen Gesprächstermin*

bei Ihnen zu erhalten. Am 19.11.2008 informierte Ihre Sekretärin, dass Ihrerseits in der Sache kein Gesprächsbedarf besteht.

Wir können Ihr abweisen des Verhalten als Oberbürgermeister gegenüber einem Investor, der ein Großprojekt in der Stadt Wilhelmshaven realisieren

und sich auch an anderen Vorhaben der Stadt beteiligen will, nicht akzeptieren. (...) Mit dem vorgenannten Projekt, welches nicht nur Ihnen schon seit längerer Zeit bekannt ist, sollen neue Arbeitsplätze entstehen, der städtischen Wirtschaft umfangreiche Aufträge erteilt und der Stadt perspektivische Einnahmen ermöglicht werden.

Inwieweit die gewählten Vertreter von Wilhelmshaven und die Bürger der Stadt Ihr Verhalten gegenüber einem Investor tolerieren, wird sich künftig zeigen.

Doch auch auf dieses Schreiben folgte keine Aktivität seitens der Stadt Wilhelmshaven. Vor wenigen Tagen wurde die Insulanus AG

dann doch von Herrn

Kotteck eingeladen. Das Ergebnis dieses Gesprächs war für die Insulanus AG völlig unbefriedigend, und man entschloss sich, einen vom Kaufmännischen Vorstand Dipl.-Ing. Edwin Hallaschke und vom Technischen Vorstand Dipl.-Ing. Rüdiger Tober unterzeichneten Offenen Brief "An den Oberbürgermeister, an die Dezentralen, an die Mitglieder des Rates und der politischen Parteien sowie an die Repräsentanten der Stadt

Wilhelmshaven und der Wirtschaft" zu schicken *1). Wir zitieren auszugsweise: *Das Projekt "Wohn- und Eventpark Insulanus" Wilhelmshaven – Wiesbadenbrücke ist den meisten Bürgern unserer Stadt und Ihnen seit längerer Zeit bekannt. (...) Unser Investor für den Wohn- und Eventpark ist trotz der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzkrise bereit, das Projekt zu finanzieren und zu verwirklichen sowie auch andere Vorhaben der Stadt zu unterstützen.*

Das Stadtoberhaupt unserer Stadt, Herr Oberbürgermeister Eberhard Menzel, versucht seit längerer Zeit, die Bebauung der Wiesbadenbrücke mit dem Projekt "Wohn- und Eventpark Insulanus" zu blockieren. (...) Der Oberbürgermeister hat Gesprächsangebote unserer Gesellschaft und des Investors zur Bebauung der Grundstücke auf der Wiesbadenbrücke unbegründet abgewiesen. (...) Alternativ sind für die Bebauung der Wiesbadenbrücke keine weiteren Investoren vorhanden, und der Oberbürgermeister konnte bisher auch keine Interessenten bzw. Geldgeber für ein solches Vorhaben nachweisen. Die Intention des Oberbürgermeisters Menzel, über einen Architektenwettbewerb Investoren (...) zu finden, verursachen letztlich nur Kosten.

Wir haben als Gesellschaft das Vertrauen zu unserem Investor, dass er trotz Brückierung durch das Stadtoberhaupt sein Interesse weiterhin (...) bekundet.

So weit der Mitte Dezember abgesandte Offene Brief.

Wie die Sache nun ausgehen wird, steht in den Sternen. Ist es so, wie die Insulanus AG vermutet, dass ein Wettbewerb gar keinen



94 Mio. Euro für die Bebauung der Wiesbadenbrücke, 1 Mio. Euro für die Sanierung und Erweiterung des Pumpwerkes sowie 5 Mio. Euro für die vorbereitende Planung einer Mehrzweck-/Stadthalle an der Jadeallee. (Quelle Pressemitteilung Insulanus AG vom 15.12.2008)

Sinn mehr hat, weil keine Wettbewerber da sein werden?

Oder soll die Bebauung der Wiesbadenbrücke, wie die Insulanus in einer Pressemitteilung vom 15. Dezember vermutet, "dem Wilhelmshavener Dreigestirn Griesemann/Behncke/Spar- und Bau mündgerecht serviert werden?" □

*1) Dem Offenen Brief sind Schreiben der ehemaligen Bundestagsabgeordneten Gabriele Iwersen, des Bauausschussvorsitzenden Bernhard Rech, der BASU, des DEHOGA-Stadtverbandes, der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung MIT sowie der ehemaligen Wilhelmshavener Bürgermeisterin Marianne Fröhling beigefügt, die sich alle positiv mit den Planungen der Insulanus AG auseinandersetzen.



Mit dem Projekt der Insulanus AG sollen neue Arbeitsplätze entstehen, der städtischen Wirtschaft umfangreiche Aufträge erteilt und der Stadt perspektivische Einnahmen ermöglicht werden. (Quelle Pressemitteilung Insulanus AG vom 15.12.2008)

Moral oder Macht

Landesbühne arbeitet die "68er" auf

(iz) Mit dem Auftragswerk "Albertz" knüpft die Landesbühne nahtlos rückwärts an "Die fetten Jahre sind vorbei" an (GEGENWIND 240). Dort glänzte Thomas Hary als mittlerweile verspießter Alt-68er, hier verkörpert er den Polit-Pastor, der auf dem Marsch durch die Institutionen der Sozialdemokratie gleich mehrfach die Pirouette zwischen Saulus und Paulus dreht.

Es war einmal ein Moralist, der wollte die Politik verändern. Doch als er dort ankam, wo er sie hätte verändern können, hatte ihn die Politik so verändert, dass er vergessen hatte, wofür er einst angetreten war. Auf dem Weg zur Macht kam ihm die Moral abhanden. Dramaturg Marc-Oliver Krampe bescheinigt "Albertz" eine hohe Aktualität, bezogen auf die heutige SPD. Jede Ähnlichkeit mit noch lebenden Oberbürgermeistern wäre natürlich rein zufällig, aber grundsätzlich hat Krampe leider Recht.

"Einen Einblick in die Funktionsweise von Politik" soll das Stück geben, die Biografie des Heinrich Albertz dafür nur Modell stehen. Laut Krampe sollte Autorin Tine Rahel Völker kein historisches Abbild liefern, sondern eine "Inspiration für die künstlerische Auseinandersetzung". Regisseur Christian Hockenbrinck wollte "brechtisch" arbeiten, verfremden, assoziativ statt realistisch erzählen. Ein "Feuerwerk der Verspieltheit" sollte es werden mit "Bildern großer Leichtigkeit", "ein Kinderspiel von Erwachsenen und deshalb ernst zu nehmen".

Mit derlei Erwartungen ausgestattet, hätte das Ergebnis enttäuschend sein können. Völker, 29 Jahre jung, hat mit Fleiß Albertz' Aufstieg und Fall zwischen 1963 und 1967 recherchiert und zu einem recht textlastigen Stück verarbeitet. Die plakativen Bilder bleiben Kulisse. Politik wird bekanntlich am Stammtisch gemacht, also setzte Ausstatterin Julia Plickat die komplette Handlung in eine Kneipe. Während die Genoss/innen sich beim Bier mit Strategien und Parteiklüngel beschäftigen, sitzt Albertz zumeist deutlich isoliert am Schreibtisch, sinniert, redigiert. Wie wenig er ansprechbar ist, pointiert Oliver Schönfeld (als SPD-Landesvorsitzender Kurt Mattick) etwas überzogen, aber gekonnt in einer komischen Szene. Mit den verrücktesten Gesten und Geräuschen versucht er Albertz' Gehör zu gewinnen, wird von jetzt auf gleich knallrot im Gesicht wie eine Comicfigur und droht schon zu platzen, als der kopflastige Aufsteiger ihn endlich wahrnimmt.

Pfiffig besetzt ist, in der Rolle der Studentenfürerin, Sara Spennemann, die bereits in "Die fetten Jahre sind vorbei" Thomas Harys Gegenspielerin mimte. Hary selbst gelingt es stets, den Hary soweit zurückzunehmen, dass

nur die Rollenfigur sichtbar ist, er ist so eindringlich unaufdringlich wie sonst niemand im Ensemble.

Von der Macht ergriffen

Kaum hat Albertz die Spitze der Macht erreicht, da hat sie ihn ergriffen. Spätestens mit Ausbruch der Studentenunruhen tut er, was er meint, dass es andere von ihm erwarten: Der ehemals liberale Pastor, dessen größtes Anliegen die Entspannung der Außenpolitik war, mutiert innenpolitisch zum Hardliner, fordert härtestes Durchgreifen und lässt dadurch die Stimmung so eskalieren, bis am 2. Juni 1967 der Student Benno Ohnesorg durch eine Polizeikugel getötet wird. Dieser Teil der Geschichte wird als Monolog abgearbeitet, in dem Hary / Albertz dem Wahnsinn ins Gesicht lacht. Drei Monate später übernimmt Albertz die Verantwortung und tritt zurück.

Wenngleich das Publikum sich nach dieser Uraufführung begeistert zeigte, blieb manche Erwartung unbefriedigt: Für das angekündigte brechtische Lehrstück stand die realistisch-biografische Erzählung zu sehr im Vordergrund; für eine Biografie, die den Wandel des politischen Menschen Albertz aufarbeitet, war der Ausschnitt zu klein gewählt. So fehlte die Vorgeschichte im Dritten Reich, als Albertz mehrfach von den Nazis verhaftet wurde, sich aber durch Beitritt zur Wehrmacht (Vorläufer späterer Kompromisse) Schlimmerem entzog. Und es fehlte seine spätere Rückverwandlung bis hin zu den 80er Jahren, als er sich an die Spitze der Friedensbewegung stellte und selbst auf der Straße protestierte, bis zur Sitzblockade vorm US-Raketendepot in Mutlangen.

Ein gutes, wichtiges Stück

Streichen wir die von der Landesbühne vorangestellten Erwartungen und Interpretationen weg, so haben wir ein gutes und wichtiges Stück gesehen. Mit diesem Auftragswerk wurde die Lücke geschlossen, exemplarisch die Zeit der 68er aufzuarbeiten, ohne auf den bewaffneten Kampf der RAF abzuheben. Nur am Ende des Stückes tauchen ganz kurz Meinhof und Ensslin auf, um den Übergang zu markieren. In Verbindung mit "Die fetten Jahre sind vorbei" hat unser Theater bewiesen, dass es immer am Puls der Zeit ist - mit Stücken, die auch nach dem letzten Vorhang beim Publikum etwas in Bewegung bringen können und Schulen, Gruppen und politisch Interessierten Steilvorlagen zur weiteren Auseinandersetzung liefern.

Die bezeichnendste Rückmeldung gab uns ein hiesiger SPD-Funktionär auf unsere Frage, ob er sich und seine Partei im Stück wiedererkennt hätte: "Hundertprozentig!" □

**Weitere Termine im
Stadttheater Wilhelmshaven:**
Mittwoch 17.12.2008 um 20.00 Uhr
Samstag 31.01.2009 um 20.00 Uhr



pumpwerk
Kulturzentrum
in Wilhelmshaven

Ein konservativer Sozialist

Kleinkunstfestival: Werner Schneyder gastierte im Pumpwerk

"Ich weiß, Sie werden jetzt sagen, das Kabarett ist tot. Aber das war es ja immer schon. Zum ersten Mal 1901, von da an immer wieder in regelmäßigen Abständen". Totgesagte leben länger. Vor 12 Jahren gab Werner Schneyder seinen Abschied, doch die Politik zwang ihn zurück auf die Bühne. Die sogenannten guten Zeiten für das Kabarett sind nach seiner Meinung eher schlecht, "weil jeder Idiot einen Witz darüber machen kann." Die beste Zeit für den Kabarettisten sei eher die, wo man meint, es ist alles gut.

Jetzt werden Kabarettisten wie Schneyder wieder gebraucht. "Konservativ" heißt sein aktuelles Programm, und genau da liegt seine Stärke. In Form und Inhalt: Der Maßanzug, die Chansons (mit Pianist Christoph Pauli).

Nicht die Schenkelklopfer, nicht die maßlose Übertreibung sind sein Metier. Nicht der Rundumschlag, sondern deutsche Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, Demokratie, Sozialstaat, innerdeutscher Ost-West-Konflikt, die "Militärökonomie", Fakten, die wir alle kennen, aber nicht wie er in feine Wortspiele fassen und so miteinander in Verbindung bringen können, dass sich die Lügen der Herrschenden selbst entlarven. "Wir brauchen keine Lobbyisten, die Regierung genügt." Das hielt er auch eine Stunde lang wunderbar durch. "Politiker sehen auf ihr Land gerne ernste Aufgaben zukommen. So übersehen sie die, die schon lange da sind".

Nach der Pause versuchte Schneyder allerdings etwas gehetzt noch weitere Themen zu beackern, die sicher ihren Platz im politischen Kabarett haben - Medien, Religion, Sport, Geschlechterkampf ... Das geriet zwangsläufig etwas oberflächlich, entglitt vereinzelt der politischen Correctness und schlidderte manchmal knapp am Niveau der Comedians vorbei, die er im gleichen Atemzug durch den Kakao zog. Er wollte zeigen, was er alles drauf hat. Mit Sport kennt er sich aus, und auch sein etwas gedehnter, aber gelungener Seitenhieb auf Theater- und Festspielbetrieb lebte vom Insiderwissen. Er hätte einfach mehr Zeit gebraucht, doch leider ist er nicht jeden Sonntag Abend im Pumpwerk. Denn trotz der qualitativen Ausrutscher und einiger Textschwächen (darf er haben mit fast 72 Jahren) war es ein wohlthuender Abend. Schneyder ist sich treu geblieben. Er steht noch da, sagt er, wo er damals stand, links von der Mitte, er hat sich nicht bewegt, aber die, die einstmal links von ihm standen, stehen nun auf der anderen Seite. Er ist ein konservativer Sozialist. Er entlarvte die Wachstumsideologie als großes Hütchenspiel, das die Wiedereinführung der Sklaverei zur Folge hat. Und Hartz IV ist für ihn nichts anderes als ein "Freizeitgestaltungs-Honorar." "Es gibt kein Recht auf Arbeit, es gibt nur ein Recht auf Leben mit angemessener Gage." Und es gibt ein Recht auf Werner Schneyder im Pumpwerk.

Imke Zwoch



Zu den Fotos: Nicht nur äußerlich schafft es Thomas Hary (rechts), sich seiner Rollenfigur Heinrich Albertz anzunähern. (Fotos: Landesbühne)

Das Letzte

Es gibt eine neue Entwicklung in Sachen Kosten der Unterkunft

(noa) Am 11. Dezember fand endlich die Berufungsverhandlung vor dem Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen statt, in der es um die Kosten der Unterkunft (KdU) für Arbeitslosengeld II-EmpfängerInnen in Wilhelmshaven ging.

Was bisher geschah

Seit Ende 2004 ist das Thema KdU Dauerbrenner im Gegenwind. Schon vor dem Inkrafttreten von Hartz IV berichteten wir von Briefen der Arbeits-Agentur an Arbeitslosenhilfe-EmpfängerInnen, in denen diese zum Umziehen aufgefordert wurden, und meldeten, dass die Stadt die "angemessenen" KdU nach ihrer "bewährten" Methode aus Vor-Hartz-Zeiten festgelegt hatte. Seit dem 1. April 2005 bekamen viele Arbeitslosengeld II-EmpfängerInnen, die nicht umgezogen waren, ihre volle Miete schon nicht mehr erstattet – zu Unrecht, wie sich aus einigen Gerichtsurteilen ergab. Das Sozialgericht Oldenburg bestätigte die Rechtsauffassung, dass die volle Miete sechs Monate lang zu tragen war. Danach sollten nicht die von der Stadt Wilhelmshaven festgelegten Obergrenzen, sondern die Mieten nach der Wohngeldtabelle gelten.

Im Frühling 2006 fragte die Arbeitsloseninitiative (ALI) den Rat der Stadt, wie die Mietobergrenzen ermittelt worden seien, und bekam darauf eine höchst unbefriedigende Antwort von Dezernent Stoffers.

Nachdem es einige Beschlüsse und Urteile des Sozialgerichts Oldenburg und des Landessozialgerichts Niedersachsen-Bremen gegeben hatte, nach denen in Wilhelmshaven Mieten entsprechend der Werte aus der Wohngeldtabelle (rechte Spalte) erstattet werden mussten, begann das Job-Center, in Widerspruchsbescheiden seine KundInnen fehlerhaft zu informieren: Es behauptete, die Wilhelmshavener Mietobergrenzen seien nach Urteilen des Landessozialgerichts rechters. Das Job-Center gab Alg II-EmpfängerInnen Listen mit Wohnungen, die "Hartz IV-tauglich", also billig genug waren, doch die ALI hatte herausgefunden, dass es Wohnungen zu den von der Stadt höchstens erstatteten Kosten nicht in ausreichender Zahl für alle Betroffenen gibt. Und weiterhin gab es 2006 Beschlüsse und Urteile des Sozialgerichts Oldenburg und des Landessozialgerichts Niedersachsen-Bremen, nach denen in Wilhelmshaven Mieten bis zur Höhe der Werte der Wohngeldtabelle erstattet werden mussten. Im Frühjahr 2007 sprach das Sozialgericht Oldenburg einem Kläger die tatsächliche Miete zu, die sogar höher lag als der Wert aus der Wohngeldtabelle, und bezog sich dabei auf ein Urteil des Bundessozialgerichts aus November 2006. Trotz alledem hat die Stadt Wilhelmshaven während der ganzen Zeit an ihren Obergrenzen festgehalten, und es blieb der ALI nichts anderes übrig, als immer wieder dazu aufzurufen, gegen die Bewilligungsbescheide Widerspruch einzulegen und nach abschlägigem Widerspruchsbescheid zu klagen.

Im Juni 2007 berichtete Alfred Kroll, Anwalt aus Oldenburg, dass das Sozialgericht Oldenburg mittlerweile Mieten nach Wohngeldtabelle plus 10 % für rechters erklärte. In diesem Sommer unternahm die ALI ihre eigene Erhebung der Wilhelmshavener Mieten und kam zu anderen Ergebnissen als die Stadt, obwohl sie vergleichbare Erhebungs-

methoden anwandte.

Man sollte meinen, dass nach all den Gerichtsentscheidungen und nach den Ergebnissen der ALI die Stadt endlich einlenken und den Alg II-EmpfängerInnen die tatsächliche Miete erstatten würde, doch sie blieb bei ihren Höchstgrenzen; ja, es wurden sogar Fälle bekannt, in denen nicht einmal Mieten voll getragen wurden, die deutlich unter diesen Grenzen lagen! Es ging so weit, dass im Frühjahr 2008 ein Oldenburger Richter – deutlich genervt – dem Vertreter des Job-Centers sagte: "Sie kennen unsere Marge: Wohngeldtabelle plus 10 %!" Die Erhöhung der städtischen Mietobergrenzen im Sommer 2008 betrug jedoch nur wenige Euro; sie blieben weit unter der Marge des Sozialgerichts.

Da unternahm die LAW – linke alternative wilhelmshaven – einen Versuch, Bewegung in die Angelegenheit zu bringen. LAW-Ratsherr Johann Janssen formulierte einen Antrag auf Erhöhung der städtischen Mietobergrenzen auf "rechte Spalte Wohngeldtabelle plus 10 %". Dieser wurde im Sozialausschuss behandelt – und abgeschmettert. Nach dem Hinweis von Herrn Stoffers auf ein im Herbst zu erwartendes Gerichtsurteil beschloss der Sozialausschuss, erst einmal zu warten, wie die WZ, die das Thema KdU bislang nie behandelt hatte, berichtete.

Da ein weiteres Warten die betroffenen Menschen immer weiter finanziell belasten würde, ließ die LAW aber nicht locker. Johann Janssen brachte einen neuen Antrag in den Rat ein, diesmal auf Zahlung der vollen Mieten der Hartz IV-Betroffenen. Schön war es nicht, wie man in dieser Ratssitzung mit ihm umging (nachzulesen in den Ratssplittern in GW 239) – und das Thema wurde wieder in den Sozialausschuss verwiesen, wieder mit Hinweis auf das im Herbst erwartete Urteil des Landessozialgerichts.

Die neueste Entwicklung

Dieses ließ nun aber doch länger auf sich warten. Das Job-Center hatte bergeweise "Belege" für die "Angemessenheit" der städtischen Mietobergrenzen beim LSG abgeliefert, und das Durcharbeiten der 14 oder 15 Aktenordner nahm weit mehr Zeit in Anspruch, als das LSG zunächst veranschlagt hatte. Und es warf einige Fragen auf, die das Job-Center bis zum 1. November beantworten sollte. Diese Fragen und die Nachfragen des Gerichts nach den Antworten ließen die ALI nach langem bangem Warten wieder hoffen (vgl. GW 239 und 240). Auch nach diesen Zusatzfragen hatte es weitere Fragen gegeben: Das LSG wollte nun noch wissen, wie viele Bedarfsgemeinschaften mit wie vielen Hilfebedürftigen es in Wilhelmshaven gibt, wie viele von ihnen zur Miete wohnen, wie viele davon die von der Stadt Wilhelmshaven festgelegten Höchstgrenzen überschreiten, wie viele preislich unterhalb dieser Höchstgrenze liegende Wohnungen in den Quartalen 1/05 bis 4/07 tatsächlich verfügbar waren und schließlich, wie viele Bedarfsgemeinschaften

Mieten über der rechten Spalte Wohngeldtabelle zuzüglich 10 % zahlen müssen.

Und am 11. Dezember endlich fand der Gerichtstermin statt. Acht Amtspersonen aus Wilhelmshaven, teils von der Stadt, teils vom Job-Center, waren zur Verteidigung der Wilhelmshavener Mietobergrenzen angereist, u.a. der Leiter der Wohngeldstelle Wilhelmshaven, Herr Hein. Nach Kräften haben sie sich bemüht, dem Gericht ihre Mietberechnungen nahezubringen. Genaues Nachfragen und Nachrechnen ergab schließlich, wie es zu den seltsamen Zahlen von der Stadtverwaltung kam: Statt bis zu 50 Quadratmeter, die einer Einzelperson als Wohnraum zustehen, legten die Wilhelmshavener Berechnungen grundsätzlich nur 40 Quadratmeter zugrunde.

Das erklärt fast alles! Wenn man die tatsächlichen Mieten angemessener Wohnungen (bis 50 Quadratmeter für eine Person, 60 Quadratmeter für zwei Personen, 75 für drei usw.) durch die Quadratmeterzahl teilt und dann mit einer geringeren Quadratmeterzahl malnimmt, kommt man natürlich auf geringere Mieten, als die Menschen, die in diesen Wohnungen leben, zahlen müssen.

Nun ist zwar am 11. Dezember ein Urteil gesprochen worden, doch wir können noch nichts darüber schreiben. Es muss nämlich erst einmal mit Zahlen angereichert werden, und zu diesem Zweck muss erst einmal gerechnet werden. Klar ist aber auf jeden Fall: Die Wilhelmshavener Miethöchstgrenzen haben keinen Bestand! "Die Wolken sind weggezogen", sagt Werner Ahrens von der ALI, der seit langem immer gesagt hatte, dass diese Höchstwerte "aus den Wolken abgelesen" seien.

Nun könnte man ja ein bisschen rechnen und schätzen, welche Mietrichtwerte das LSG demnächst für Wilhelmshaven für rechters erklären wird. Doch das lassen wir aus zwei Gründen bleiben: Zum einen wären es ja nur spekulative Werte. Zum anderen wollen wir niemanden in verfrühte Vorfreude versetzen, die dann wahrscheinlich wieder enttäuscht würde. Nachdem die Stadt Wilhelmshaven seit fast vier Jahren darauf beharrt, die ohnehin schon prekäre finanzielle Situation von 10.000 ihrer Mitmenschen noch prekärer zu machen, indem sie diese zwingt, von einem ohnehin zu niedrigen Regelsatz Monat für Monat einen Teil für die Miete abzuzweigen, muss man befürchten, dass sie die Möglichkeit der Revision nutzen und diese Streitfrage zum Bundessozialgericht tragen wird.

Allen Alg II-BezieherInnen, die bislang nicht die volle Miete erstattet bekommen, ist nun aber anzuraten, ihre sämtlichen bisherigen Bescheide vom Job-Center nach § 44 SGB X überprüfen zu lassen. Auch wenn es noch einige Zeit dauern kann – sie werden ihr Geld bekommen.

Schade,

dass diese frohe Botschaft nicht schon ein paar Tage früher erging. Die Monatsversammlung der ALI am 9. Dezember – bei Kinderpunsch und Gebäck, das vom DGB, vom SoVD und der Firma Bahlsen gespendet worden war – war besinnlich und heiter. Mit dieser Nachricht wäre sie ausgelassen gewesen! □

Gegen Isolierung und Diskriminierung

Zentrum für Kultur und Kommunikation

(jes) Haben Sie schon einmal versucht, in Wilhelmshaven kostengünstig und unproblematisch eine Räumlichkeit zu finden, in der Ihnen keine Steine in den Weg gelegt werden, um sich kreativ zu entfalten? Meistens scheitert es an den finanziellen Möglichkeiten oder daran, Tausende von Auflagen beachten zu müssen, die dazu führen, dass es am Ende mit der Ursprungsidee nichts mehr gemein hat.



Das soll sich jetzt ändern! In der Alten Mol-

rei kann dies zum Teil jetzt schon verwirklicht werden. Sie können sich in jeder denkbaren Form kreativ ausleben, ohne an finanziellen oder sonstigen Hürden zu scheitern. Nicht erwünscht sind diskriminierende, gewalttätige und/oder intolerante Menschen, Projekte, Gruppen oder Musik. Alle BürgerInnen Wilhelmshavens können daran teilhaben, etwas mehr Kultur in unsere Stadt zu bringen.

Wie ist dies möglich?

Am Anfang war es nur ein Gedanke, dann ein Traum, der von mehreren geteilt wurde. Doch wo sollte begonnen werden? Fehlen doch die finanziellen Mittel für die Umbauarbeiten! Also wurde ein gemeinnütziger Verein gegründet, der bereits 26 Mitglieder umfasst. Denn nicht nur der Umbau, sondern auch die Miete muss bewerkstelligt werden. Jeder, der Begeisterung aus diesem Projekt schöpfen kann, hat die Möglichkeit, in den Chaos-Kultur-Verein einzutreten und diesen zu unterstützen oder Sachspenden zu leisten. Warum dieser Verein nun gerade Chaos-Kultur-Verein heißt, konnte uns niemand beantworten. Vielleicht haben Sie auch Lust

Das Kulturzentrum "Alte Molkerei" soll zukünftig eine attraktive und offene Plattform bieten für Künstler und jeden engagierten Menschen, der politisch, sozial, ökologisch oder anderweitig agieren will.

Durch die Kommerzialisierung können nicht nur Hartz IV-Empfänger in der heutigen Zeit kaum noch am kulturellen und sozialen Leben teilnehmen, geschweige denn sich verwirklichen. *

und Liebe zum Detail wird hier gewerkelt und gearbeitet, was das Zeug hält, um in unserer Stadt eine Location zu schaffen, die dem Ziel dient, jedermann die Möglichkeit zu bieten, alles auf die Beine zu stellen, was in den eigenen vier Wänden meist nicht umzusetzen ist.

Ob Sie einen Yogakurs, einen Vortrag oder einen musikalischen Abend planen, Ihre Bilder ausstellen wollen oder einfach nur einen gemeinsamen Treffpunkt für Ihre Belange suchen – in der Alten Molke-

SPOONER
Anziehsachen
Marktstr. 19
gegenüber Hertie
26382 WHV
www.myspace.com/spooneranziehsachen
NEU Cyroline T-shirts 14,99€



und Zeit, daran mitzuarbeiten, die Alte Molkerei wieder in Schuss zu setzen?!

Jeden dritten Sonntag im Monat trifft sich um 14.30 Uhr das einzige Gremium, das über die Belange der Alten Molkerei entscheiden kann, das "NutzerInnen-Plenum".

Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die die Alte Molkerei in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc.

Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen in der Alten Molkerei machen oder die Alte Molkerei in anderer Form nutzen wollt: Das NutzerInnen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Der Gegenwind wünscht gutes Gelingen! ☐

Die Nutzer/innen, die sich die Räumlichkeiten und Arbeiten teilen, sollen miteinander kommunizieren, so dass sich das Zentrum auch ohne klassische Führung eines Betriebes selbst organisiert. Das bestärkt auch emanzipiertes Handeln.

**Bei Fragen, Vorschlägen oder Interesse Kontakt unter der Mail-Adresse
"altemolkerei@web.de"
Für mehr Infos klickt einfach unter
www.altemolkerei-whv.de**

* Die eingeschobenen Texte haben wir einem Info-blatt der Alten Molkerei entnommen

JONATHAN
NATURKOST
Die Bio-Frische in Wilhelmshaven
Marktstr. 94, 26382 Wilhelmshaven, Tel.: 13438
Öffnungszeiten: montags-freitags 9.00-18.30 Uhr, samstags 9.00-14.00 Uhr

Nachhaltigkeit in aller Munde

„Heimatgenüsse aus Niedersachsen“ in der Nordseepassage

(BUND) Alle reden von Nachhaltigkeit – der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland zeigt, wie es geht, und vor allem, wie Naturschutz und Förderung der regionalen Wirtschaft zusammengehen. Bis zum 5. Januar ist die Ausstellung „Heimatgenüsse aus Niedersachsen“ zu Gast im Reisezentrum der Deutschen Bahn in der Nordseepassage Wilhelmshaven.

Streuweidenutzung, Extensiv-Beweidung oder auch der regelmäßige Schnitt von Hecken und Kopfweiden sind nicht mehr rentabel. Doch wenn sich die traditionelle Landwirtschaft wie in Ostfriesland mit ihren charakteristischen Erzeugnissen – dem Fruchtsaft oder dem Käse – nicht mehr lohnt, dann werden diese Landschaften über kurz oder lang verschwinden. Um darauf aufmerksam zu machen, hat der BUND Niedersachsen e. V. das Projekt „Heimatgenüsse aus Niedersachsen“ begonnen und zeigt die traditionellen niedersächsischen Kulturlandschaften in einer Ausstellung, die seit dem Sommer 2008 durch die Regionen Niedersachsens tourt. Ziel ist es, Impulse zu setzen, die Verbraucher zu informieren und sie zu nachhaltigem Konsum zu motivieren. Die Nachfrage nach regional erzeugten Produkten bestimmt über Pflege und Erhalt der Landschaften mit.

So macht das „Salzlamme“ auf den Schutz der einzigartigen Salzwiesen des Wattenmeeres aufmerksam, und die regionale Gastronomie setzt auf das leckere Fleisch und bietet es in vielfältigen Variationen an. Die typischen Wallhecken Ostfrieslands sind nicht nur wertvolle Lebensräume für seltene Tier- und Pflanzenarten, sondern dienen auch den Landwirten als Einfriedung für Weideland, als Windschutz für die Böden und Kulturen, als Rohstofflieferant, zur Gewinnung von Baustoffen und als Quelle für das Schlagen von Brennholz. Zudem liefern sie die Grundstoffe für eine Vielzahl von leckeren Produkten wie Schlehenlikör, Hagebuttenmarmelade, Holundersaft, Brombeergelee, aber auch Wallhecken-Eis und Wallhecken-Käse.

Zwölf bunte Rollup-Banner informieren über niedersächsische Kulturlandschaften und ihre touristische Bedeutung. Vor allem erfährt der Besucher etwas über Nutzung und Pflege der Landschaftsräume und die so entstehenden Produkte. Der Erhalt typischer Landschaftsbilder ist unmittelbar an den Kauf regionaler Produkte und Urlaub in Niedersachsen gekoppelt.

Nachhaltigkeit ist Lebensqualität

„Nachhaltiges ökologisch orientiertes Wirtschaften und nachhaltige Landwirtschaft unterstützen Standorte, die unter anderem im Tourismus davon leben, den Besuchern Lebensqualität und landschaftlich reizvolle Umgebung zu bieten. In diesen Rahmen passt die Heimatgenüsse-Ausstellung hervorragend. Wir freuen uns, dass die Deutsche Bahn das Reisezentrum dafür zur Verfügung stellt“, sagt Peter Hopp, der Vorsitzende der BUND-Kreisgruppe in Wilhelmshaven.

Die Landschaften, so wie wir sie heute sehen, erleben und nutzen, sind nicht über Nacht und nicht per Verordnung entstanden. Sie sind das Werk von Generationen. Sie sind das Werk von Menschen, Familien, Vereinen, Gemeinden, Unternehmen, von Bauern, Jägern, Förstern, Fischern und allen anderen,

die die Landschaft durch Nutzung formen. Niedersachsens Kulturlandschaften sind einzigartig in ihrer Vielfalt. Vom Harz bis an die Nordsee, von der Elbe bis in das Weserbergland, von der Heide bis zu den Moomiederungen gibt es eine Vielzahl unterschiedlicher Kulturlandschaften mit bedeutendem Artenreichtum von Tieren und Pflanzen. Über Jahrhunderte prägte bäuerliche Nutzung unsere Heimat – angepasst an die jeweiligen Standortbedingungen.

Doch die Kulturlandschaft ist in Gefahr: Der seit Jahrzehnten anhaltende Strukturwandel in der Landwirtschaft lässt traditionelle bäuerliche Nutzungsformen, denen wir die besondere Vielfalt unserer Biotope verdanken, heute immer weniger zu. Seit Jahrtausenden wurden die Landschaften durch den Menschen geprägt, die Naturgüter nachhaltig genutzt. Die Bedingungen des Marktes haben sich jedoch drastisch verändert, die Landwirtschaft wurde auf maximale Produktionssteigerung ausgerichtet. Doch nachhaltiges Wirtschaften und nachhaltiger Konsum sind zunehmend mehr gefragt. Die Ausstellung des BUND informiert darüber, wie sich Naturschutz, nachhaltige Landwirtschaft und gesunder regionaler Konsum in Einklang bringen lassen.



Infos zur Kreisgruppe

Die BUND Kreisgruppe Wilhelmshaven ist seit 1985 aktiv in Wilhelmshaven und Umgebung. Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen bei maritimen Problemen und Fragestellungen. Ein besonderes Anliegen ist der Kreisgruppe zudem die regionale Wirtschaftsförderung auf ökologischer Grundlage (Stichwort Kreislaufwirtschaft). Nachhaltiges ökologisch orientiertes Wirtschaften und nachhaltige Landwirtschaft unterstützen Standorte, die im Tourismus davon leben, den Besuchern Lebensqualität und landschaftlich reizvolle Umgebung zu bieten, bei ihren Bemühungen um intakte Natur und Landschaft. In diesen Rahmen passt die Heimatgenüsse-Ausstellung hervorragend.

Kontakt

BUND Kreisgruppe Wilhelmshaven, Peter Hopp, Brahmsstr. 53, 26386 Wilhelmshaven Tel. 04421/82352 oder 81307, E-Mail: Peter.Hopp@bund.net / BUND Landesverband Niedersachsen, Goebenstr. 3a, 30161 Hannover, Daniela Becker, Tel. (0511) 96 56 9-14, E-Mail: Daniela.Becker@nds.bund.net

Weitere Informationen zum Projekt „Heimatgenüsse aus Niedersachsen“ und zu regionalen Angeboten unter www.heimatbraucht-freun.de □

Mütter Zentrum

Werftstr. 45
Tel. 506 106

Wir brauchen Sie!

**Können Sie sich vorstellen,
ein Förderer unseres
Mütterzentrums zu werden?**

Über unsere vielfältigen Angebote können Sie sich jederzeit unter www.suedstadt-online.de informieren.

D a n k e an über 30 Frauen, die uns ehrenamtlich oder als geringfügig Beschäftigte täglich unterstützen.

D a n k e den vielen Spendern, die gut erhaltene Kleidung für unseren Secondhandshop zur Verfügung stellen.

D a n k e an die Menschen, die uns mit kleineren oder auch größeren Geldspenden unterstützen.

Wir brauchen SIE ALLE auch weiterhin und freuen uns, wenn Sie uns auch im neuen Jahr treu bleiben.

**Wir wünschen eine
geruhssame Weihnachtszeit
und für das Jahr 2009 vor
allem Gesundheit und
Zufriedenheit.**

Öffnungszeiten

Café MüZe:

Dienstag bis Freitag

von 9.00 Uhr bis 12.30 Uhr

Mittwoch + Freitag

von 16.00 Uhr bis 18.00 Uhr

Ratssplitter

vom 28.11.2008
aufgefegt von Imke Zwoch

Geht doch! Diesmal hatte Ratsvorsitzender Norbert Schmidt seinen Haufen gut im Griff. ☺ Oder waren die Ratsleute nur deshalb so brav und diszipliniert, weil er an diesem Tag Geburtstag hatte? ☹

Wieder mal allein

Fast einstimmig wurde Klaus-Dieter Kottek für weitere acht Jahre als Baudezernent wiedergewählt. Nur OB Menzel war dagegen. Der wollte die Dezernentenstelle ganz streichen und damit für die nächsten 5 Jahre 800.000 Euro einsparen. "Aus Gründen der Fürsorge" hatte Menzel Kottek allerdings eine andere Führungsposition in Aussicht gestellt, was das Sparen natürlich verteuert. Zuletzt versuchte der OB, mit einem offenen Brief eine Mehrheit für seinen Vorschlag zu gewinnen. Dabei zog er den Vergleich mit Städten wie Oldenburg, Osnabrück und Delmenhorst, die bei mehr Einwohnern mit weniger Dezernenten auskommen. Die bauen aber auch keine Containerhäfen, Kohlekraftwerke etc. "Ich habe den Eindruck", schrieb der Oberbürgermeister, "dass die notwendige Auseinandersetzung über das Beste für unsere Stadt ...sehr stark personalisiert wurde". Mit Sicherheit, nur von welcher Seite? Dem emotionalen Vorgeplänkel gab es im Rat eine schnelle und klare Entscheidung ohne jegli-

che Debatte. ☑ Damit wird Kottek den 2011 scheidenden OB im Rathaus "überleben". Offene Häme ist aber nicht Kotteks Art. Er bedankte sich, auch bei seinen Mitarbeitern, die sich "über die normale Arbeitszeit hinaus" für das Gelingen einsetzten. Oops, so geht das auf Dauer aber nicht. Da sollte sich der alte und neue Baudezernent auch eine angemessene Stellenplanung ganz oben auf den Zettel schreiben! ✍

Noch 'ne Gesellschaft

Wirtschaftswachstum, Arbeitsplätze, Steuereinnahmen - all das soll die neue "Jade Wirtschaftsförderung GmbH" schaffen. Es ist nicht der erste Versuch der Stadt, durch interkommunale Zusammenschlüsse endlich den großen Wurf zu schaffen. Da gibt es schon die "Regionale Innovationsstrategie Weser-Ems" (RIS - gegründet 1998, im Vorstand: Menzel), die Metropolregion Bremen-Oldenburg (2005), die Regionale Strukturkonferenz Ost-Friesland (Beitritt WHV 1991), die Strukturkonferenz Land Oldenburg (1990), die Regionale Arbeitsgemeinschaft Bremen/Niedersachsen (RAG, 2002), dazu die eigene Wirtschaftsförderung in Wilhelmshaven GmbH (WFG) ... bisher ohne den großen Durchbruch. Die FDP lehnte den neuen Zusammenschluss - diesmal mit den Landkreisen Friesland, Wittmund und Wesermarsch - ab. Auch sei der Vertrag schlecht vorbereitet, bzw. "suboptimal", so CDU-Sprecher Reuter, der mit seiner Partei trotzdem "vorbehaltslos" (?) zustimmte. Es seien "keine Nachverhandlungen möglich". Stimmt nicht - die Gesellschafterversammlung kann den Vertrag jederzeit ändern. Auch ist sichergestellt, dass die kommunalen Gründungsmitglieder immer die Mehrheit behalten.

Den Erfolg kann natürlich kein Vertrag garantieren. Wie gehabt setzt man auf Hafen, Industrie und gleichzeitig Tourismus, die altbekannte Wilhelmshavener eierlegende Wollmilchsaue, von allem etwas ohne klares Profil. Man erhofft sich den "Einzug internationaler Dynamik ...durch den Rückgriff auf die durch den JadeWeserPort sich ergebende generelle Internationalisierung". Aha. SPD-Sprecher Neumann drückt die Zielvorgaben etwas bodenständiger aus: "Wir müssen möglichst viele Container hier öffnen und den Inhalt verarbeiten, sonst schaffen wir keine Arbeitsplätze." Bis dahin verursacht die neue GmbH der Stadt erst einmal Kosten: Für 2009 sind 100.000 Euro veranschlagt, für die Folgejahre 150.000 Euro (= 50% der Personal- und Sachkosten). Weitere Kapitalzuschüsse können erforderlich werden. Hinzu kommt der Aufwand für drei städtische Vertreter in der GmbH.

Die BASU begrüßt, dass mit dem Vertrag ein "Signal an die Umlandgemeinden" gesandt wird, die so auch von Hafen und Industrie profitieren sollen. Nach Ansicht der Grünen enthält das Schriftstück "viele Worthülsen", doch auch sie stimmten dem Beschlussvorschlag zu, nachdem feststand, dass die vom Rat entsandten Vertreter in der Gesellschafterversammlung gegenüber dem Rat berichtspflichtig sind und der Rat gegenüber diesen Vertretern weisungsbefugt ist.

Es wird wieder eng

Durch Ausfälle in der Gewerbesteuer sowie gestiegene Aufwendungen für Transferleistungen und Personal hat sich die Liquidität der Stadt weiter verschlechtert. Der Rat be-



MUSIKKNEIPE IM SÜDEN DER STADT
Mainstraße 22 - Wilhelmshaven
Öffnungszeiten: tägl. ab 20.00 Uhr

schloss einstimmig, als Nachtrag zum Haushalt 2008 den Höchstbetrag der Liquiditätskredite von 15 auf 30 Mio Euro zu erhöhen.

Es wird wieder teurer

Die Steuersätze sollen trotz des Haushaltsloches nicht angehoben werden, dafür aber diverse Gebühren. Bei diesem Thema witterte der Ratsvorsitzende nicht zu Unrecht ausschweifende und wenig sachbezogene Wortbeiträge: "Ich schlage vor, Haushaltsreden jetzt einmal zu führen und nicht zu jedem einzelnen Beschlussvorschlag". ☺ Jedenfalls kam heraus, dass im Einzelfall die Kosten, die die Umsetzung der Erhöhung mit sich bringt (neue Formulare, Systemumstellungen etc.), die erwarteten Zusatzeinnahmen übersteigen.

SPD-Sprecher Neumann will bei Haushaltslöchern lieber Ausgaben drücken als "eine Masse von Minierhöhungen" und kennt auch eine bessere Einnahmequelle: "Der Bürger zahlt mehr für die Gasrechnung und so gleichen wir das aus". Das erklärt natürlich, warum der städtische Energieversorger gerade wieder die Gaspreise erhöht, obwohl der Ölpreis weiter sinkt und selbst die EWE, wenn auch geringfügig, die Preise gesenkt hat. ☹

Auch Taxifahren wird teurer

Erstmals seit dem Jahr 2000 wurde der Taxentarif erhöht. Der Spritpreis hat sich seitdem verdoppelt, insgesamt sind die Kosten um 40% gestiegen. Die Grundgebühr wurde von 1,90 auf 2,30 Euro angehoben und liegt damit etwas höher als in anderen Landkreisen und Städten in Weser-Ems (außer Oldenburg und Norderney), wobei andernorts teilweise auch Erhöhungen beantragt sind.

Parken wird nicht teurer

"Parkraumbewirtschaftung" ist der vornehme Ausdruck für das, was andere "Abzocke" nennen: Die Erhebung von Parkgebühren durch die Kommune, bevorzugt in besonders stark frequentierten Straßenzügen - inkl. "Knöllchen" für jene, die keine Gebühr entrichten oder die Parkzeit überziehen. Jedenfalls sollten nun weitere Parkflächen an Straßen im Umfeld von City und "maritimer Meile" gebührenpflichtig werden. Für FDP-Ratsherr von Teichman stehen dabei die Einnahmen im Vordergrund. Ratsherr Biehl (Grüne) sieht darin auch das Potenzial einer Verkehrslenkung, vermisst aber das dafür erforderliche Gesamtkonzept. ☺ In der Tat: Wer die stehende Blechlawine aus der Stadt fernhalten will, muss auch Alternativen anbieten, seien es



Reparaturen aller Fabrikate
spez. Volvo und Renault

Reifendienst
Achsvermessung
TÜV/AU
Abschleppdienst
Klima-Service

Schwarzhamm 2 Hooksiel
Tel. 04425 990870 Fax 990872
www.tenge-strohbach.de

Tenge & Strohbach
Kfz-Technik

Park-and-Ride-Systeme, Anreize zur Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel oder sichere Fahrradstellplätze, wie sie z. B. Oldenburg bietet. Auch müssen die Interessen der Anwohner berücksichtigt werden. Für die wird es im Umfeld der maritimen Großveranstaltungen so schon oft eng, wenn sie mit dem Wochenendeinkauf oder der gehbehinderten Oma vorfahren und ein Knöllchen riskieren, weil sie nur noch ordnungswidrig wohnungsnah parken können.

Biehl verriet noch eine putzige Lücke im bestehenden Parkgebühren-System: Wer gar kein Ticket zieht, zahlt weniger Strafe als jemand, der bezahlt und seine Parkgebühr um ein paar Minuten überzieht! Die Erweiterung des "bewirtschafteten" Parkraums wurde mehrheitlich abgelehnt, auch, um Touristen nicht zu vergraulen.

Gute Vorsätze

Seit 2006 beteiligt sich die Stadt (mit GEW und Stadtwerken) am "European Energy Award", einem europäischen Management- und Zertifizierungssystem für kommunale Energiepolitik. Für die Umsetzung wurde jetzt ein energiepolitisches Arbeitsprogramm beschlossen. Damit sollen Energiekosten gesenkt und klimaschädliche Emissionen erheblich verringert werden. "Der Konzern Stadt nimmt dabei eine Vorbild- und Vorreiterrolle ein", heißt es in der Begründung. Mitarbeiter/innen und Bevölkerung sollen zu einem ressourcen- und klimaschonenden Verhalten hingeführt werden. 37 verschiedene Maßnahmen sollen von 2009 bis 2012 umgesetzt werden. Hier ein Auszug: Förderung des Radverkehrs, Ziel Erhöhung am Gesamtverkehr auf 18% (u. a. Ausbau Radwegenetz, Fahrradspuren an Hauptverkehrsstraßen, Radparkplätze am Rathaus und weiteren Bushaltestellen, Aufwandsentschädigung für Dienstwege mit eigenem Fahrrad); Qualitätsverbesserung ÖPNV; kombinierte Mobilität; energetische Vorgaben im Bauwesen auch privatrechtlich (z. B. Südorientierung von Gebäuden); Beratung von Bauherren (und -damen?), z. B. über Bauherrenmappe, Baubroschüre; Schulung und Belohnungssystem für Hausmeister; Einsatz von Solarthermie und Photovoltaik für öffentliche Gebäude; 50% Anteil erneuerbarer Energien am Stromverbrauch öffentlicher Gebäude (bis 2012); Biogasanlage am Fleischzentrum; GEW: Erhöhung Verkauf Ökostromanteil auf 1%; Kapazitätserhöhung Blockheizkraftwerk beim "Nautimo"; Schulung von städtischen Mitarbeiter/innen, Schüler/innen, Lehrkräften; Informationskampagnen; neue Beschaffungsrichtlinien (Aspekte Energie-/Klimaschutz, Umweltverträglichkeit); Haushalt: 40.000 Euro jährlich für energiepolitische Kommunalarbeit; regelmäßige "Energietage Jade-Weser" mit Wirtschaft. Nach erfolgreicher Zertifizierung soll mit der "Energiestadt" Standortmarketing betrieben werden. Vieles davon klingt ambitioniert, manches ist in anderen Kommunen schon ein 20 Jahre alter Hut. Wir stimmen Hans Hartmann (SPD) zu: "Auf die Umsetzung kommt es an - bisher ist Wilhelmshaven nicht preiswürdig". Die Gebäude- und Energiebewirtschaftung sei hier "weit unterdurchschnittlich". ☒ Auch Solartechnikexperte Claus Westerman (Grüne) fürchtet, Wilhelmshaven sei "von der Plakette weit entfernt". ☒

Der Ausbau von Steinzeitechnologien wie der Kohlekraft steht den einstimmig beschlossenen guten Vorsätzen diametral entgegen. Da müssen die BürgerInnen ordentlich in die Pedale treten, bis sie die damit verbundenen Emissionen wieder raushaben. Aber besser spät als nie. ☺

Randnotiz

Den Beschlussvorlagen ist jetzt ein Formular beigelegt, in dem die finanziellen und personellen Auswirkungen des zu entscheidenden Vorhabens aufgeführt sind. Löblich - so wissen die Ratsmitglieder, welche weitreichenden Folgen ihre Beschlüsse haben. Noch besser wäre es, auch die Auswirkungen auf Natur, Umwelt und Klima zu beleuchten, denn die sind noch weitreichender und fundamentaler als ein Haushaltsloch. Was nützt z. B. ein Beschluss über die Teilnahme am European Energy Award, wenn andere Beschlüsse, z. B. für ein weiteres Kohlekraftwerk, oder nur ein neues Baugebiet am Stadtrand (mehr Zersiedelung und Versiegelung von Natur und Landschaft, mehr Verkehr) dem entgegenstehen?

Gute Gelegenheit

Die Agnes-Miegel-Schule soll ab dem nächsten Schuljahr "offene Ganztagschule" werden. An drei Wochentagen wird es dann freiwillige Nachmittagsangebote für die SchülerInnen geben. Das wäre doch eine gute Gelegenheit, die Schule endlich umzubenennen. Seit längerem wird aus verschiedenen Kreisen darauf hingewiesen, dass die Dichterin Agnes Miegel begeisterte Nationalsozialistin war, der man kein Denkmal als Vorbild für junge Menschen setzen sollte.

Spätfolgen

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat seit 2003 die Behördenlandschaft ganz neu geordnet. Was sie "Bürokratieabbau" nennt, empfinden die Akteure vor Ort im Flächenland als schmerzlichen Verlust von Ansprechpartnern, meint auch Christine Will (SPD, Schulausschuss). Nun soll auch die Außenstelle der Landesschulbehörde in Wilhelmshaven geschlossen werden. Die zwei Dezernenten betreuen mehr als 17.000 SchülerInnen in WHV, Friesland und im Ammerland. Überall stehen Veränderungen der Schulstruktur an, die fachliche Unterstützung benö-

KULTUR - KOMMUNIKATION



WHV Zentrum
Börsenstr.73 / Ecke Mitscherlichstr
MUSIK FÜR DICH

Frühstücken - Parties - Konzerte

www.kling-klang-whv.de
eMail Newsletter bestellen und Gewinnen
www.myspace.com/klingklang

tigen. Der Rat verabschiedete auf Antrag des Stadtelternrates einstimmig eine Resolution für den Verbleib der Außenstelle. ☺

Resolution statt Resignation

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragte, eine Resolution zu verabschieden für den Erhalt des Baumbestandes beim Fliegerhorst Upjever. Dort sollen 60 ha des einmaligen Waldes gerodet werden, um die Einflugschneise zu verbreitern (siehe GEGENWIND 238). Alle Umlandkommunen haben gleiche Resolutionen einstimmig verabschiedet. Die CDU wollte nicht zustimmen: Schon viele Resolutionen, so Heinz Weerda, hätten "nix geholfen und nix gebracht" und außerdem käme das jetzt "zu spät". Michael von Teichman (FDP) widersprach: So lange kein Baum gefällt sei, wäre es überhaupt nicht zu spät. ☒ OB Menzel meinte, "wenn es um die Sicherheit der BRD geht, werden keine Resolutionen helfen". Diese hier wurde mehrheitlich beschlossen. ☺

Erinnerungslücken

Johann Janssen (LAW) fragte an, ob an die Ereignisse der Novemberrevolution, die in den letzten Wochen im Blickpunkt standen, auch dauerhaft im Stadtbild erinnert werden könnte. Auch für Stadtrat Jens Graul ist das "kein Minderheitenthema", er sieht jedoch "zurzeit keinen Handlungsbedarf". Es gäbe bereits öffentlich zugängliche Gedenkstätten zum Thema, z. B. auf dem Ehrenfriedhof. Er schlug vor, das Thema "mit den Besitzern der Deutungshoheit" im Kulturausschuss zu erörtern. □

Günstiges Baugeld

Zins p.a.: **4,40 %** bei
100 % Auszahlung
Zinssatzfestschreibung: **10 Jahre**
anfällig effektiver Jahreszins: **4,49 %**

Zins p.a.: **4,60 %** bei
100 % Auszahlung
Zinssatzfestschreibung: **15 Jahre**
anfällig effektiver Jahreszins: **4,70 %**
(Stand: 10.12.2008)

Weitere Konditionen auf Anfrage

Ihr Ansprechpartner:
Holger Janßen Tel.: 04421 / 77 45 43



VERSICHERUNGSGRUPPE



Gegenwind im Internet:
www.gegenwind-whv.de

- Hier finden Sie die Meldungen, die wir in unserer Papiaausgabe nicht mehr unterbringen konnten
- Hier finden Sie unsere Artikel oftmals in einer ausführlicheren Fassung
- Hier finden Sie alle Gegenwind-Artikel der letzten 12 Jahre

meldungen

Das Imperium

(hk) Die Demokratie lebt von der Auseinandersetzung, lebt vom Streit um den richtigen Weg. Würden wir diesen Satz den Spitzen der Wilhelmshavener SPD vorlegen – jeder würde ihn unterschreiben.

Doch wenn es um die Erhaltung des kleinen Stückchens persönlicher Macht geht, wenn es darum geht, Kritiker in den eigenen Reihen niederzumachen, dann gelten solche Sätze nicht. Neuestes Beispiel aus Wilhelmshaven: Der Kreisverbandsvorstand will Kritiker in den eigenen Reihen mundtot machen. Wir zitieren eine Erklärung von Tim Sommer:

Der Kreisverbandsvorstand der SPD Wilhelmshaven hat auf seiner gestrigen Sitzung ein Parteiordnungsverfahren gegen mich und ein weiteres Parteimitglied beschlossen. Der ehemalige Vorsitzende des Ortsvereins Mitte, Hans Nagler, war noch vor Tagen mit diesem Versuch im OV Mitte gescheitert. Nun nahm er einen erneuten Anlauf im Kreisverband. Nagler sitzt weiterhin im Kreisvorstand als ordentliches Mitglied, obwohl er sein Amt bereits vor Wochen öffentlich niedergelegt hatte.

Hintergrund des Ordnungsverfahrens sollen die angeblich parteischädigenden Aussagen meinerseits auf dieser Homepage sein. Da der Kreisverband und insbesondere deren Führung nicht in der Lage sind, sich konstruktiv mit parteiinternen Kritikern auseinanderzusetzen, wird nun also die formale Keule geschwungen.

Hinter vorgehaltener Hand ist zu vernehmen, dass durch das Ordnungsverfahren insbesondere verhindert werden soll, dass ich auf der anstehenden Jahreshauptversammlung des OV Mitte im Januar 2009 wählbar bin. Die Statuten geben die Möglichkeit, während des Ordnungsverfahrens alle Parteirechte ruhen zu lassen. Da der OV Mitte im Januar 2009 einen neuen Vorstand wählen muss, geht die Angst bei der Führungselite um, mich und meine sozialdemokratische Haltung nicht dauerhaft verhindern zu können. Somit soll das Ordnungsverfahren augenscheinlich benutzt werden, um die demokratischen Strukturen innerhalb der SPD ein weiteres Mal aufzuweichen.

Besonders interessant ist die Tatsache, dass die zwei Genossen, die nun ein Ordnungsverfahren auszustehen haben, mehrfach versucht haben, die aufgestaute Probleme auf Kreisverbandsvorstandssitzungen zu thematisieren. Beide wurden mehrfach von den Sitzungen ausgeschlossen, ohne sich zu Wort melden zu dürfen. Auch auf der gestrigen Kreisverbandsvorstandssitzung wurde gefordert, ein Treffen mit den Kritikern abzuhalten, um sich auszutauschen. Dies wurde aber mehrheitlich abgelehnt. Eine offene Diskussion wird weiter gescheut.

Ein Vorstandsmitglied, welches es wagte, sich offen gegen das Ordnungsverfahren auszusprechen, wurde heftig angegangen. Auch hier zeigte sich erneut, dass die Führung der SPD Wilhelmshaven kein Interesse an einer konstruktiven Auseinandersetzung hat.

Diese scheint erst beruhigt zu sein, wenn sie es geschafft hat, ihre eigenen Posten dauerhaft zu retten und die Partei unter die 20%-Marke zu führen.

Tim Sommer im Internet: www.timsommer.de

Kalter Kaffee...

Vor einem illustren Kreis aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik sowie vieler Interessierter wurden Anfang Dezember im "Biologiezentrum Nordwest" erste Ergebnisse einer Studie zu den *Perspektiven der maritimen Wirtschaft Niedersachsens* vorgestellt - Auftraggeber ist das Land Niedersachsen. Mitte 2009 will die "Nord/LB Regionalwirtschaft" das Ergebnis vorlegen. Im Vordergrund des Interesses stand natürlich – wie sehen die Gutachter die Aussichten für Wilhelmshaven? Doch was dabei herauskam, sollte zumindest den Teilnehmern aus den Kreisen der "Wilhelmshavener Hafenwirtschafts-Vereinigung" (WHV) und der Wirtschaftsförderung in Wilhelmshaven bekannt sein: Denn bereits im Juli 2006 hat das "Niedersächsische Institut für Wirtschaftsforschung" (NIW) zusammen mit der NORD/LB die Studie *Ansätze für ein Regionales Standortmanagement im Jade-Weser-Raum* vorgelegt. Das Konzept wurde von der "WFG Wirtschaftsförderung in Wilhelmshaven GmbH" in Kooperation mit den Landkreisen Friesland, Wesermarsch und Wittmund in Auftrag gegeben und zeigt Strategien und Projekte auf, die dazu beitragen sollen, zusätzliche regionale Wertschöpfung und Beschäftigung im Umfeld der o.g. Kerninvestitionen für den Jade-Weser-Raum zu generieren.

Darin heißt es eingangs u.a.: *"Im Zuge der Umsetzung des JadeWeserPorts und der zu erwartenden Großinvestitionen der Chemie- und Energiewirtschaft haben sich in der Jade-Weser-Region die Chancen zur Ansiedlungen weiterer unternehmerischer Kompetenzen deutlich erhöht. (...) Zusätzlich zu den Hauptthemenfeldern Hafenwirtschaft sowie Chemie- und Energiewirtschaft wurden auch Strategien und Projekte für die wichtigen Wirtschaftszweige Tourismus und Luftfahrzeugbau sowie die Querschnittsthemen 'Flächenmanagement und Regionalmarketing' entwickelt."*

In dem Gutachten wird aber auch deutlich gemacht, dass die Realisierung des JWP kein Selbstgänger für den wirtschaftlichen Aufschwung der Region ist: Voraussetzung dafür ist, dass bei Abarbeitung einer Riesenspalette sowohl breit gefächelter als auch tief gestaffelter Maßnahmen die Aussicht besteht, terminalbezogene Wertschöpfung in der Region aufzubauen und weitere von außen einzuwerben. Den Betrieben der Region müsse zunächst einmal flächendeckend bewusst gemacht werden, welche wirtschaftlichen Möglichkeiten der Terminalbetrieb für sie biete. Dann sollten sie sich in jeder Hinsicht qualifizieren und bei größeren Aufgaben zu überbetrieblichen Lösungen vernetzen. Fachpersonal für hafenbezogene Arbeitsfelder müsste ausgebildet werden.

Es sollte der Boden bereitet werden für die erfolgreiche Anwerbung von hafenorientierten Betrieben. Als Grundlage dafür müsse die Region attraktiver gemacht werden...

Scheinbar hat man diese Handlungsvorschläge nicht nur ungenügend befolgt, sondern sie schlicht vergessen.

Beim "Herunterbrechen" der Neuen Studie *Perspektiven der maritimen Wirtschaft Niedersachsens* für den Standort Wilhelmshaven durch Nord LB, WHV und WFG kann kaum mehr herauskommen als das, was seit zweieinhalb Jahren bekannt ist bzw. in den Köpfen der 'Macher' präsent sein sollte. (jm)

Die Kohlekraftwerke Wilhelmshaven verheizen das Klima

Greenpeace protestiert mit Feuerschrift gegen Baupläne

Als feurigen Protest gegen die geplanten Steinkohlekraftwerke in Wilhelmshaven haben Greenpeace-Aktivisten am Rüstereieler Groden einen rund drei Meter breiten und ebenso hohen brennenden "CO₂"-Schriftzug entzündet. Neben der gasgespeisten Fackel warnt ein Banner "Kohlekraft verheizt das Klima!". Greenpeace fordert den Baustopp für die Kraftwerke von E.ON und Electrabel, die mit einem geplanten Kohlendioxidausstoß von ca. 7,5 Millionen Tonnen pro Jahr Klimafolgekosten in Höhe von 61,5 Milliarden Euro verursachen würden.

"Der Bau neuer Kohlekraftwerke ist mit den Klimaschutzziele der deutschen Regierung unvereinbar. Kohle ist Gift fürs Klima", erklärt Danny Rimpl, Klimaexperte der Greenpeace-Gruppe Wilhelmshaven. "Solche Anlagen laufen mindestens 40 Jahre lang. Wer heute weiter auf Kohle setzt, zementiert bis zur Jahrhundertmitte eine klimaschädliche und nicht zukunftsfähige Energieversorgung."

Aktuell wird in Deutschland der Bau von 27 neuen Kohlekraftwerken mit einer Kapazität von 25.000 Megawatt geplant. Diese Anlagen würden die Atmosphäre jährlich mit zusätzlichen 151 Millionen Tonnen CO₂ belasten. Das ist anderthalb mal soviel wie der CO₂-Ausstoß des gesamten Verkehrssektors. "Sigmar Gabriel erzählt Märchen, wenn er behauptet, dass neue Kohlekraftwerke einen Beitrag zum Klimaschutz leisten", sagt Danny Rimpl. Greenpeace kritisiert den Umweltminister scharf für seine Behauptung, bundesweit würden nur neun Kohlekraftwerke gebaut werden. "Den Zahlenspielen Gabriels widersprechen sogar das Umweltbundesamt und auch die Ergebnisse der Leitstudie 2008, die im Bundesumweltministerium in Auftrag gegeben wurde."

Greenpeace will die Ausbaupläne in dieser Form verhindern und fordert, bei der Planung dem Klimaschutz absoluten Vorrang einzuräumen. Die Umweltorganisation setzt auf kleine dezentrale Kraftwerke, bei denen mit Hilfe der Kraft-Wärme-Koppelung nicht nur Strom, sondern auch Wärme erzeugt wird. Solche Anlagen entsprechen höchsten Effizienz-Kriterien. (hk)



Spaß behindert

Evers-Meyer fordert eine Kultur der Antidiskriminierung

(hk) Wie kommt ein schwerbehinderter Mensch ins Schwimmbecken? Mit dieser Frage sah sich Frau A. konfrontiert, als sie mit ihrem 21-Jährigen Sohn im Nautimo schwimmen gehen wollte.

Florian A. ist körperlich und geistig behindert und in allen Phasen seines Seins auf Hilfe angewiesen. Frau Hannelore A. hat in ihrem Leben schon viel erleben müssen, wenn es um die Versorgung ihres Sohnes ging. Sie schilderte uns einen dieser Fälle in der Hoffnung, dass sich im Nautimo etwas zum Besseren ändert.

Hannelore A. zum Gegenwind: "Auch Menschen mit Behinderungen können lieben, können hassen und wollen Spaß haben, und das Nautimo ist ein Spaßbad, damit machen die doch Werbung."

Doch so richtig spaßig war es dort dann nicht. Schon das An- und Ausziehen war nicht möglich, weil es keine entsprechende Liege gab. Der Weg vom Umkleideraum zum Wasser stellte die nächste Hürde dar: es gab keinen Badewannen-Rollstuhl. Diese Rollstühle werden übrigens, wie Frau A. berichtete, hier in Wilhelmshaven bei der GPS hergestellt.



Doch selbst wenn Florian den Weg bis zum Beckenrand geschafft hätte, käme die nächste Barriere: Wie soll er ins Wasser kommen? Einen mobilen Lifter sucht man im Nautimo vergebens. Mit einem solchen Lifter (es gibt da auch andere Möglichkeiten wie z.B. einen Deckenlifter, Pool-Butler...) wäre es möglich, dass Florian ins Wasser gelassen wird.

Wie wichtig es gerade für behinderte Menschen ist, dass sie in die Lage versetzt werden, ihre Muskeln zu trainieren, liegt auf der Hand. Und gerade da spielen die Eigenschaften des Wassers eine große Rolle.

Die Anschaffung der benötigten Geräte ist natürlich für ein gewinnorientiert geführtes Bad nicht eben so zu bewerkstelligen – wir alle wissen, wie die Preise gerade im Reha- und Sanitärbereich aussehen. Aber es müssen Wege gefunden werden, damit Behinderte ins Schwimmbad gehen können, denn Florian ist ja kein Einzelfall in Wilhelmshaven. Auf die Frage des Gegenwind, wie es denn angehen könne, dass ein Bad wie das Nautimo nicht auf die Bedürfnisse Behinderter ausgelegt ist, meinte Frau A., dass es wohl auch damit zu tun hat, dass Menschen mit Behinderungen doch lieber versteckt werden. "Da gibt es noch viele Barrieren in den Köpfen der Menschen."

In der Bundesrepublik leben 8 Millionen schwerbehinderte Menschen. Die SPD-Bundestagsabgeordnete Karin Evers-Meyer ist Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen. Im September erklärte sie anlässlich des Abschlusses der Verhandlungen zur UN-Behindertenrechtskonvention: "Nicht mehr die Fürsorge allein steht im Vordergrund, sondern das Recht behinderter Menschen auf Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben in der Gemeinschaft." Weiter sagte sie: "Wir sollten mit der Ratifikation dieser Konvention den Mut aufbringen, auch in Deutschland eine Kultur der Antidiskriminierung zu entwickeln."

Die Konvention verbietet jede Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen. Sie gibt diesen Menschen verschiedene Rechte

(Auswahl):

- Das Recht, ihr Leben selbst zu bestimmen und unabhängig zu leben.
- Das Recht, eine eigene Familie zu gründen und Kinder zu haben.
- Das Recht, eine für sie gute Beschäftigung zu haben.
- Das Recht auf sozialen Schutz. Das bedeutet, genug Geld zu bekommen, um zu leben.
- Das Recht, auf alle Schulen gehen zu dürfen. Die Menschen müssen eine gute Bildung bekommen.
- Das Recht, Unterricht in einer Sprache zu haben, die sie am besten verstehen.
- Das Recht, vor Gewalt, Ausbeutung und Missbrauch geschützt zu werden.

Frau Hannelore A. wäre schon geholfen, wenn sie nicht immer als Bittstellerin auftreten müsste. Es ist unwürdig, immer zu betteln und zu bitten, damit einem die Rechte gewährt werden, die selbstverständlich sind.

Vielleicht schafft ja die Diskussion um die UN-Behindertenrechtskonvention ein wenig mehr Barrierefreiheit im Nautimo und in den Köpfen der Menschen. □

Der GEGENWIND ist nicht das Verlautbarungsorgan einer Organisation. Er wird gemacht von Leuten, die zur politischen Linken um Gewerkschaften, Friedens-, Umweltschutz- und Frauenbewegung, SPD, Grüne und Alternative gehören.

Die Zeitung versteht sich als Diskussionsforum der Linken in Wilhelmshaven und Umgebung.

Themenbereiche des GEGENWIND sind Arbeit, Kultur, Kommunalpolitik, Umwelt, Soziales.

Der GEGENWIND sieht es als seine Aufgabe an, Informationen und Kommentare zu verbreiten, die sonst keine Chance auf Veröffentlichung hätten, aufzuklären, sich einzumischen und Einfluss zu nehmen.

Der GEGENWIND wird durch Beiträge des GEGENWIND-Vereins, des GEGENWIND-Förderkreises und durch Anzeigen finanziert.

Kritik und Mitarbeit der LeserInnen sind erwünscht.

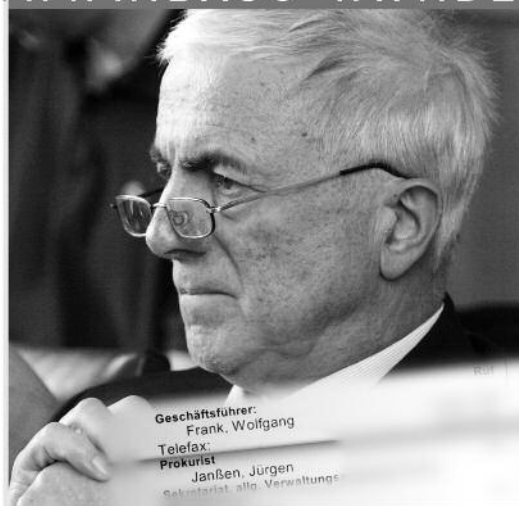
WWW.BASU-WHV.DE

BÜRGER - PORTAL WILHELMSHAVEN

24 STUNDEN RUND UM DIE UHR INFORMIERT

Der neue Wirtschaftsförderer geht wieder zurück ins Heimatdorf Bremerhaven! - Das war die fürchterlichste Schlagzeile für die demokratischen Wirtschaftsverhältnisse in Wilhelmshaven, denn damit wurde das Konstrukt „ehemalige Wirtschaftsförderung“ zum X-ten Male wiederbelebt. Der vom Wilhelmshavener System so gefeierte und von eben dem immer wieder seiner Verdienste wegen hoch dekorierte „Ultrawirtschaftsförderer“ und Miterfinder der Wilhelmshavener Holding, Wolfgang Frank, bestimmte seinen Prokuristen aus der Wilhelmshavener Wirtschaftsförderung zum Interimsnachfolger, während er seinen öffentlichen Abtritt zum Jahresende proklamiert. Das verstehen sie nicht - wir auch nicht, es zeigt aber ganz deutlich, dass nicht systemimmanente „Eindringlinge“ sofort wieder in ihren Heimatort

zurückbeordert werden - aus persönlichen Gründen, wie sich versteht! Sie kennen das ja selbst, dass sich in Wilhelmshaven viel verändern wird, nur leider nicht zu Gunsten der Bürger, die man schön bei der Stange hält mit Mörderninvestoren, sonntäglichen Rammschlägen, einem Rat, dem man die Macht innerhalb der Holding durch GmbH Konstrukte entzieht und Pöstchenversprechen. „Alles bleibt anders“ - genau so müsste man die sich nicht verändernden Herrschaftsverhältnisse deuten „und du [Bürger] gehörst nicht zum festen Kern“. **TOLL!**



Geschäftsführer:
Frank, Wolfgang
Telefax:
Prokurist
Janßen, Jürgen
Gebietsrat alle Verwaltungen

Der immer wieder hochdekorierte Ultrawirtschaftsförderer Wolfgang Frank findet immer einen Ausweg aus der drohenden Entmachtung seiner selbst.

BASU
FREIE LISTE FÜR
WILHELMSHAVEN

[BILDUNG | ARBEIT
SOZIALES UMWELT]

WWW.BASU-WHV.DE

BASU-TREFFEN: 2X IM MONAT, JEDEN 1. U. 3. MONTAG RUSCHEREI 19.30 UHR!

Alle Jahre wieder...

Die WRG plant den Bau von zehn neuen Prozessanlagen – das sogenannte "Wilhelmshaven Upgrader Project"

(jm) Seit dem 04. Dez. liegen im Foyer des Technischen Rathauses 14 Antragsordner der WRG zur Einsichtnahme aus. Die Unterlagen können dort noch bis zum 06. Januar eingesehen werden. Sie sind angefüllt mit dem laut Bundes-Immissionsschutzgesetz erforderlichen Antrag auf Änderungen an den Altanlagen sowie Errichtung von zehn neuen Prozess- und Nebenanlagen. In der Rezeption sind auch Kurzfassungen gratis erhältlich. Die Einwendungsfrist endet mit Ablauf des 20. 01. 2009.

Die zwei wichtigsten der neuen Anlagen sollen der Erzeugung von Heiz-, Propan- und Butangas bzw. von Naphta-, Gas- und Dieselöl dienen. Diese hinzu gewonnenen Produkte sollen in einem zweistufigen molekularen Spaltverfahren erzeugt und anschließend weitestgehend entschwefelt werden. Dies geschieht beim Durchsatz der im herkömmlichen Raffinierungsprozess nicht destillierbaren Schweröle durch eine Kokeranlage und einen Hydrocracker. Anschließend werden die neuen Produkte einer Tiefenentschwefelung zugeführt. Letztere senkt den Schwefelgehalt in den Produkten ganz erheblich – bei Dieselöl bis auf 10 parts per million (ppm) bzw. 0,001%.

Für die Änderungen und Erweiterungen der Raffinerie, die im Jahre 2012 ihren Betrieb aufnehmen soll, wird eine Investitionskostenhöhe von 2,25 Mrd. € veranschlagt. Und: "Nach den Worten von Heyse werde der Mitarbeiterstamm von derzeit 300 auf 450 bis 500 Beschäftigte anwachsen. Hinzu kommen rund 130 Mitarbeiter von Fremdfirmen, die dauerhaft auf dem WRG-Gelände arbeiten." (WZ, 19.01.08). In Relation dazu bietet eine bereits im Jahre 1984 dem damaligen Betreiber Mobil Oil genehmigte – aber dann doch nicht gebaute – Crackeranlage einen wesentlich bescheideneren Anhaltspunkt: In jenem Genehmigungsverfahren wurden lediglich zwanzig zusätzliche Firmen- sowie zwanzig feste Kontraktarbeitsplätze genannt.

Übrigens lässt sich die Liste der geplanten, aber nicht gebauten Crackanlagen noch verlängern:

In den neunziger Jahren war es Johan Anton van Weelden – Chef der damals unter dem Namen "Beta" firmierenden Raffinerie – der eine als Visbreaker bezeichnete Crackanlage ins Gespräch brachte. Ein Kraftwerk wollte er gleich dazustellen. Verwirklicht wurde lediglich seine von ihm auch noch angekündigte Vakuumdestillationsanlage, die er dreist als Cracker verkaufen wollte.

Und vor zweieinhalb Jahren stellte der neue Eigentümer ConocoPhillips auf einem Scoping Termin bereits ein *Deep Conversion Project* mit zwölf neuen Prozessanlagen vor, die im ersten Quartal 2010 den Betrieb aufnehmen sollten. Darin war neben einem Hydrocracker auch ein mit Gas betriebenes 980 MW-Heizkraftwerk ausgewiesen. Doch auch das Deep Conversion Project wurde abgeblasen. Dabei wäre das erste vorzeigbare Kraftwärmekoppelungswerk auf Wilhelmshavener Boden gewesen.

Und wie gehabt: Alle Jahre wieder – kommt das Crackgespinnst – an der Jade nieder: Jetzt soll die Raffinerie also gar um zwei Cracker (Koker und Hydrocracker) erweitert werden! Im jüngsten Genehmigungsantrag verzichtet man jedoch auf die werkseigene

Stromerzeugung und will stattdessen Heizöfen zur Dampferzeugung für die neuen Prozessanlagen bauen. Deren Abgase sollen – neben den drei bestehenden – über acht weitere Schornsteine zwischen 56 und 76 Metern Höhe sowie eine zweite Abgasfackel in die Luft geblasen werden. Allerdings ist dem Antrag zu entnehmen, dass dabei auf die übliche giftbelastete Schwerölbefuerung mit Zumischung von Raffineriegas verzichtet werden soll. Alle Öfen sollen in der Regel fortan ausschließlich mit Raffineriegasmischungen befeuert werden. Dafür verteilen sich die Schadstoffe aus den neuen kurz gehaltenen Kaminen auch nicht so weiträumig wie über zwei der vorhandenen Großschornsteine. Außerdem will man das Rohrsystem für die Versorgung der alten Heizkessel mit dem flüssigen Brennstoff erhalten, "um in einer Sonder-situation (z. B. Stillstand) die Raffinerie mit erforderlichem Dampf zu versorgen." Man kann sich des Gedankens nicht erwehren, dass der nicht wandelbare Schwerölrückstand aus dem Hydrocracker in 'Sondersituationen' zur Dampferzeugung eingesetzt wird. In besagtem Cracker bleiben bis zu 9.730 Jahrestonnen an unverarbeitbarem Asphaltsumpf zurück, deren Moleküle auch bei einem Druck von 198,5 bar sowie einer Temperatur von 454°C nicht mehr zu knacken sind.

In den Verarbeitungsprozessen bleiben weitere nicht unerhebliche Rückstände übrig, z.B. aus

- der Kokeranlage jährlich 2.500.000 Tonnen Petrolkoks
- den Entschwefelungsanlagen bis zu 147.000 Tonnen Schwefel pro Jahr
- jährlich 430 Tonnen Klärschlämme aus den Abwasseraufbereitungsanlagen.

Laut Antragsangaben sollen Schwefel und Petrolkoks verkauft und via Straße abtransportiert werden.

Nicht nur die diesbezüglichen Anfahrten und Abtransporte werden den Lärm erhöhen, sondern auch der Betrieb der neuen Anlagen selbst. So sind z.B. außen an der Kokeranlage Trommeln angegliedert, in denen die aus der Anlage ausgestoßenen heißen Petrolkoksbrocken abgekühlt und zerkleinert werden.

Beim Befüllen, den der Abkühlung dienenden Drehbewegungen, dem Zerstückeln und dem Entleeren der Trommeln sowie bei den Ladevorgängen der Lastkraftwagen dürfte ein nicht unerheblicher Lärm und zudem Staub entstehen. Da die neuen Anlagen an der südlichen Grenze zum 'Naturschutzgebiet Voslapper Groden Nord' gebaut und betrieben werden sollen, ist davon auszugehen, dass vor allem die dortige Vogelwelt, von denen neben der berühmt gewordenen Rohrdommel viele weitere Arten auf der Roten Liste stehen, mehr oder weniger weit aus der Nachbarschaft des Werks vertrieben werden

wird. Mit negativen Bestandsveränderungen rechnen sogar die Gutachter!!

Auch die vorhandene Abwasseraufbereitungsanlage reicht nicht mehr aus – es muss eine Abwasseraufbereitungsanlage II hinzugefügt werden.

Was letztendlich doch noch an Schadstoffen planmäßig in die Jade gelangen soll bzw. darf, wird erst dem noch auszulegenden Antrag auf Erteilung einer wasserrechtlichen Erlaubnis zum Einleiten von Abwässern in die Jade zu entnehmen sein.

Bei erster flüchtiger Durchsicht der Antragsunterlagen scheint bei der Erweiterung der Raffinerie das Positive zu überwiegen. Es ist jedoch angezeigt, die Antragsunterlagen gründlicher darauf abzuklopfen, ob sie plausibel erscheinen. Umweltbewusste BürgerInnen, die – statt den Aktenberg im Technischen Rathaus zu wälzen – die vollständigen WRG-Antragsunterlagen gerne zu Hause überprüfen möchten, sollten sich direkt an die WRG mit der Bitte wenden, Ihnen doch die auf zwei CDs gespeicherten Ausführungen zukommen zu lassen. (Tel.: 04421 – 509 418 bzw. E-Mail: frieda.waisbek@conocophillips.com)

Denn immerhin werden weiter Schwefeloxide, Stickoxide, Kohlenmonoxid, Feinstaub, Schwermetalle, Benzo(a)pyren, Dioxine usw. – nicht zu vergessen die jährlichen 2.833.249 Tonnen des Klimagases Kohlendioxid – aus elf Schornsteinen und zwei Abgasfackeln in die Luft geblasen. Außerdem darf nicht aus dem Blick geraten, dass die Raffinerie nach wie vor mit feuer- bzw. explosionsgefährlichen sowie hochgiftigen Stoffen hantiert, die ein Höchstmaß an Schutzmaßnahmen sowohl für die Beschäftigten als auch für die Anwohner erfordern. □

Minicar Dirks

☎ 772211



Frohe Weihnachten und einen guten Rutsch!

Armut ist Körperverletzung

Das Armutsforum hat viele Arbeitsergebnisse gebracht

(noa) Nach der ersten Enttäuschung – nur ca. 30 TeilnehmerInnen – entwickelte sich das „Armutsforum Wilhelmshaven“ zu einer überaus produktiven Veranstaltung. Die LINKE Fraktion im Niedersächsischen Landtag hatte in die Antonslust eingeladen, um mit Betroffenen und Befassten ins Gespräch zu kommen und Handlungsstrategien zu entwickeln.

„Armut bekämpfen“ war ein Wahlkampf-schwerpunkt der LINKEN im Landtagswahlkampf, und es ist auch ein Schwerpunkt der Arbeit im Landesparlament. Armutsforen in einigen Städten sollten dazu dienen, mit denen ins Gespräch zu kommen, die die Armut nicht länger ertragen / ansehen wollen. Die Arbeitsform bei diesen Veranstaltungen erwies sich als sehr förderlich, um in kurzer Zeit viel zu erarbeiten und um tätig zu werden. „Das ist das Beste, was ich in 30 Jahren linken Lebens je erlebt habe“, äußerte ein Teilnehmer lobend.

Nach einer schnellen Runde von wechselnden Kleingruppen, in denen sich die Teilnehmenden kennen lernten, gab es ein Impulsreferat von Stefan Thomas (FU Berlin) zum Thema „Armut und Exklusion – was ist los in Deutschland?“ (Kasten)

Die Gruppen, die sich nach dem Referat bildeten, hatten thematisch totale Freiheit. Sie konnten bearbeiten, was immer sie wollten. Bedingung war nur, dass als Arbeitsergebnisse konkrete Handlungsschritte herauskommen sollten und diejenigen, die an den Projekten arbeiten wollten, sich dazu auch gleich verpflichteten.

Es war erstaunlich, wie viele einzelne Projekte auf diese Weise beschlossen und geplant wurden. Diese ganze Fülle konnte kein einzelner Teilnehmer vollkommen überblicken. Deshalb fotografierte Uwe Helmers vom „Stellwerk Zukunft“ aus Vechta, das von der Landtagsfraktion für die Gestaltung des Forums engagiert worden war, alle Protokolle, die geschickterweise auf Flip-Chart-Bögen geführt worden waren. Diese Protokolle wie auch die Arbeitsergebnisse der anderen Armutsforen und der Abschlussveranstaltung am 13. Dezember in Hannover werden zu einer Dokumentation zusammengestellt werden, die voraussichtlich Ende Januar zur Einsicht im LINKEN BÜRO ausliegen wird.

Übrigens: Wer mitten in der Stadt wohnt, mag ja denken, dass die Antonslust ein wenig zu abgelegen ist, um sich als Veranstaltungsort zu eignen. Stimmt aber gar nicht. Mit dem Auto ist man in weniger als einer Viertelstunde da, mit dem Bus ab Bahnhof dauert es kaum länger, und vom RNK aus geht es sogar richtig schnell. Und das Forum wurde den ganzen Tag über hervorragend versorgt!

Bemerkenswert

beim Armutsforum Wilhelmshaven war: Patrick Humke-Focks, sozialpolitischer Sprecher der LINKEN Landtagsfraktion, hatte für seine Begrüßungsrede ein bisschen in „offiziellen“ Quellen recherchiert und nannte nun neben einigen zutreffenden Fakten (so z.B. bezüglich der Schuldenquote und der Insolvenzen in Wilhelmshaven) auch eine irreführende Zahl: 25 % der Kinder in Wilhelmshaven beziehen Leistungen nach dem SGB II, hatte er herausgefunden.

25 %? Wie? Wissen wir nicht genau, dass

es nicht nur ein Viertel, sondern sogar ein Drittel aller Wilhelmshavener Kinder sind, die als arm zu gelten haben?

In Sommer 2007 gab es im Gegenwind eine „Serie“ zum Thema „Kinderwohngeld“. Alleinerziehende Elternteile waren vom Job-Center aufgefordert worden, für ihre Kinder Wohngeld zu beantragen. Zusammen mit dem Kindergeld und dem Unterhalt bzw. Unterhaltsvorschuss erzielten diese Kinder dann so viel Einkommen, dass sie nicht mehr bedürftig waren, also aus dem Bezug von Leistungen nach dem SGB II fielen. Damit fielen sie auch aus der Statistik.

Das Kinderwohngeld war in Wilhelmshaven „erfunden“ worden. Es war Herr Hein von der Wohngeldstelle Wilhelmshaven, dem als erstem auffiel, dass man die Gesetze so deuten kann. Zwar darf ein Hartz IV-Berechtigter kein Wohngeld beziehen, aber Wohngeld ist eine vorrangige Leistung. Mit diesem juristischen Verständnis ist es möglich, dass Kinder Wohngeld beziehen und dadurch nicht mehr „bedürftig“ sind.

Im Sommer 2007 erregte dieses Thema viele, vor allem in Wilhelmshaven. Thomas Hein brachte gleich drei Begleiter mit, als er sein Verständnis des Gesetzes in einer ALI-Versammlung vortrug. Mit den statistischen Folgen seiner Entdeckung konfrontiert, beteuerten er und die drei Kollegen, die ihn begleiteten, dass es ihnen ganz bestimmt nicht um eine Verfälschung der Statistik und damit eine Verschleierung der Kinderarmut gehe und sie sich dafür einsetzen wollten, dass die Kinder wieder statistisch erfasst würden. Das ist ihnen offensichtlich nicht gelungen.

Es ist zu vermuten, dass die Zahl der armen Kinder mittlerweile überall „gesunken“ ist, wenn auch kein Kind einen einzigen Cent mehr hat als vorher. Das Beispiel Wilhelmshaven hat Schule gemacht. Mehr und mehr Job-Center haben sich auf dieselbe Weise einer großen Zahl von Leistungsberechtigten entledigt. Mittlerweile gibt es eine entsprechende Dienstweisung des Sozialministeriums an die SGB II-Behörden.

Wie lange das Bundesbauministerium, auf dessen Kosten das Sozialministerium seine Bücher schönt und das Konto schont, wohl mitspielen wird? □



An- und Verkauf von
Schallplatten und CD's
HiFi-Komponenten,
Literatur + Comics u.v.m.
Bahnhofstr. 7 * 26382 Wilhelmshaven
Tel.: (04421) 4 21 84

Armut und Exklusion – was ist los in Deutschland?

„Exklusion“ heißt Ausgrenzung, und Ausgrenzung ist die von außen auffälligste Folge der Armut.

Um das Armutsproblem zu verstehen, muss man auch den Reichtum sehen: In den Jahren 1995 bis 2005 ist das Bruttosozialprodukt kräftig gestiegen, doch das Einkommen des unteren Fünftels der Bevölkerung ist gesunken. Das Mehrprodukt ist nur bei den übrigen vier Fünfteln der Bevölkerung angekommen, und zwar am meisten beim oberen Fünftel. Armut ist also eine Folge der Umverteilung des Geldes von unten nach oben.

In letzter Zeit ist Armut auch Thema in den Massenmedien – wir hören, dass die Mittelschicht kleiner wird, dass Teile der Mittelschicht verarmen. Über die ganz Armen hören und sehen wir aber ziemlich wenig, die werden weitgehend ausgeblendet.

Armut bedeutet nicht nur, sehr wenig Geld zu haben, sondern sie betrifft die Lebenslage insgesamt. Wer am Existenzminimum lebt, muss nicht einfach nur knausern und auf manches verzichten, sondern steht beständig vor der Wahl, etwa der Wahl zwischen Arztbesuch und Schulbedarf, zwischen Buch und Essen, zwischen einem Kleidungsstück und einem Küchengerät – und die Frage des Verreisens, des Ausgehens, eines Theaterabos und dergleichen stellt sich gar nicht erst. Und so ist Armut Ursache und Folge sozialer Ausgrenzung.

Bislang wenig beachtet sind die psychischen Folgen von länger andauernder Armut. Sie bewirkt eine nachhaltige Beschädigung der Identität. Wenn Menschen sich kennen lernen, dauert es nicht lang, bis sie sich gegenseitig erzählen, wo sie arbeiten und was für Aufgaben sie an ihrem Arbeitsplatz haben – wir definieren uns über unsere Arbeit. Aber worüber definiert sich jemand, der/die auf staatliche Transferleistungen angewiesen ist? Und so gehen soziale Anerkennung und das Selbstwertgefühl verloren, und in der sich verfestigenden Dynamik von sozialer Ausgrenzung und psychischer Desintegration kann der/die Einzelne am Ende keinen Ausweg mehr sehen. Das hat natürlich auch Folgen für die körperliche Gesundheit; Armut kostet Lebenszeit: Arme Menschen leben kürzer als begüterte, Männer kostet die Armut elf Lebensjahre, Frauen sieben.

Stefan Thomas zog aus den Forschungsergebnissen zu den Folgen der Armut einige prägnante Schlussfolgerungen: Ein bedingungsloses Bürgergeld (Grundeinkommen), das höher als das soziokulturelle Existenzminimum liegt, ist wesentliche Voraussetzung zur wirkungsvollen Bekämpfung von Armut und Exklusion. Neue Anerkennungs- und Integrationsformen müssen geschaffen werden, um allen Menschen den Status der vollwertigen Mitgliedschaft in der Gesellschaft zu ermöglichen. Und ganz notwendig ist es, dass die Erörterung der sozialen Frage in ihrer Bedeutung für das 21. Jahrhundert in den Mittelpunkt gerückt wird.

Bescheidene Bescheide

Manchmal sind Gerichtsentscheidungen eine recht amüsante Lektüre

(noa) Werner Ahrens von der Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland sagt gerne mal, dass alle Bescheide nach dem SGB II nicht korrekt sind, weil sie für die Empfänger nicht nachvollziehbar sind. Manche Bescheide sind außerdem auch widersprüchlich und unlogisch. Zwei Beispiele aus der jüngeren Rechtsprechung.

Ja, was denn nun?

“Bitte beachten Sie, dass bei wiederholter gleichartiger Pflichtverletzung innerhalb eines Zeitraumes von zwölf Monaten nach Eintritt dieser Sanktion der zustehende Anspruch auf Leistungen für die Dauer von drei Monaten um 60% der zustehenden Regelleistung gemindert wird.” So schrieb ein Job-Center einem Alg II-Empfänger in einem Sanktionsbescheid am 05.12.07. Ob das den Hilfeempfänger nicht beeindruckt hat oder was sonst los war, entzieht sich unserer Kenntnis – jedenfalls beging er danach wiederholt gleichartige Pflichtverletzungen. Seine Regelleistung wurde prompt – wie angekündigt – um 60% gemindert, und er wurde wieder über Rechtsfolgen belehrt: *“Bitte beachten Sie, dass bei wiederholter gleichartiger Pflichtverletzung innerhalb eines Zeitraums von zwölf Monaten nach Eintritt dieser Sanktion der zustehende Anspruch auf Leistungen für die Dauer von drei Monaten vollständig erlischt.”* Und wann erfuhr er solches? Am 10.01.08 – fünf Wochen nach dem vorigen Bescheid.

So ähnlich ging es noch eine Weile weiter: Am 28.04.08 wurde wegen Nichterscheinens zu einem Termin die Leistung für drei Monate um 10% gekürzt und wieder eine Rechtsfolgenbelehrung gegeben, in der weitere 10% Minderung angedroht wurden. Für den 07.05.08 wurde er zu einer Untersuchung eingeladen, mal wieder mit dem Hinweis auf 10% Kürzung bei Nichterscheinen. Als er zu diesem Termin nicht aufrief, erinnerte sich offenbar jemand aus dem Job-Center daran, dass man diesem Menschen ja schon einmal eine völlige Streichung des Alg II angedroht hatte, und mit Sanktionsbescheid vom 17.06.08 stellte das Job-Center die Zahlung vollständig ein.

Blickt noch jemand durch?

Das Gericht hatte offenbar seine Schwierigkeiten damit und belehrte das zuständige Job-Center: *“Ihre Funktion, den Betroffenen die unmittelbaren und konkreten Auswirkungen vor Augen zu führen, erfüllt eine Rechtsfolgenbelehrung dann nicht mehr, wenn dem Betroffenen eine zweite Belehrung zu-*

geht, die in Bezug auf dieselbe Maßnahme völlig andere Rechtsfolgen aufzeigt, ohne deutlich zu machen, in welchem Verhältnis sie zur ersten Belehrung steht. In dieser Situation ist es für einen verständigen Adressaten nicht mehr erkennbar, welche Rechtsfolge im Falle, dass er der Aufforderung nicht nachkommt, tatsächlich eintreten wird. Eine Rechtsfolgenbelehrung muss daher, um wirksam zu sein, vor allem widerspruchsfrei sein.” (Oberverwaltungsgericht Bremen, 10.10.08, Az: S2 B 458/08)

Irgendwann muss gut sein!

In einem anderen Fall, ebenfalls aus Bremen, geht es um wiederholte Sanktionen für ein und dasselbe Vergehen.

“Mit Bescheid vom 10. April 2008 erließ die Antragsgegnerin eine Eingliederungsvereinbarung durch Verwaltungsakt.” Auf den Widerspruch zwischen den Begriffen Eingliederungsvereinbarung einerseits und erließ ... durch Verwaltungsakt andererseits soll hier nicht eingegangen werden (noa). *“Darin wurde der Antragsteller ... verpflichtet, sich bei der ... Bremen für einen Integrationsjob im Bereich Metallbau bis zum 20. April 2008 vorzustellen. Wegen der vorausgegangenen Weigerung des Antragstellers zum Abschluss einer entsprechenden Eingliederungsvereinbarung erließ die Antragsgegnerin am 15. April 2008 einen Sanktionsbescheid, mit dem sie die Regelleistung des Antragstellers für die Zeit vom 01.05.2008 bis 31.07.2008 um 104,00 Euro monatlich absenkte. (...)”*

Mit Schreiben vom 20. Mai 2008 bot die Antragsgegnerin dem Antragsteller nochmals eine Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädigung ... bei der ... an und forderte ihn auf, sich dort vorzustellen. Das Angebot war mit einer ordnungsgemäßen Rechtsbehelfsbelehrung versehen.” Nun hatte der Alg II-Empfänger ja schon deutlich gesagt, dass er diesen Ein-Euro-Job nicht antreten würde; dass es ihm damit ernst war, hatte er damit gezeigt, dass er sogar eine Leistungskürzung in Kauf genommen hatte. Er wollte dort wirklich nicht hin. Das Job-Center wollte aber offensichtlich wirklich, dass er dort hinginge! *“Mit Bescheid vom 27. Mai 2008 senkte die Antragsgegnerin das Arbeitslosengeld II des Antragstellers wegen wiederholter Pflichtverletzung für die Zeit vom 01.07.2008 bis 30.09.2008 um 208,00 Euro monatlich ab. Zur Begründung führte sie aus, dem Antragsteller sei am 05. Mai 2008 eine zumutbare Arbeitsgelegenheit angeboten worden. Er habe sich jedoch geweigert, die Tätigkeit aufzunehmen.”* Und nach dem dagegen gerichteten Widerspruch des Alg II-Empfängers *“teilte die Antragsgegnerin dem Antragsteller mit, dass sein Arbeitslosengeld II für die Zeit vom 01.08.2008 bis 31.10.2008 vollständig wegfallen, da er wiederholt seinen Pflichten nicht nachgekommen sei. ... Zur Begründung*

führte die Antragsgegnerin an, der Antragsteller habe sich am 02. Juni 2008 trotz Belehrung über die Rechtsfolgen geweigert, eine zumutbare Arbeitsgelegenheit ... auszuführen.”

Nun, und hier stellt das Gericht (Verwaltungsgericht Bremen, 06.08.2008, Az: S8 V 2191/08) fest, dass es sich nicht um eine wiederholte, sondern um eine identische Pflichtverletzung handelt, wenn es immer wieder derselbe Ein-Euro-Job ist, den das Job-Center dem Alg II-Empfänger anbietet, weitere Sanktionen deswegen also nicht rechtmäßig sind. – Was hätte das betreffende Job-Center denn gemacht, wenn der Hilfeempfänger dasselbe Angebot noch einmal und noch einmal abgelehnt hätte? Hätte er dann Geld hinbringen müssen? □

Widerspruch zurücknehmen? Nein!

Die Bundesagentur für Arbeit hat den Job-Centern geraten, die KundInnen, die einen Widerspruch gegen einen Bescheid eingelegt haben, in einem Gespräch dazu zu bewegen, den Widerspruch zurückzuziehen. Davon rät die Rechtsanwältin Dr. Unkelbach aus Bonn ausdrücklich ab. “Wer sich überreden lässt, den Widerspruch zurückzunehmen, sorgt dafür, dass der Verwaltungsakt, gegen den er sich wehren wollte, sofort vollstreckt werden kann. Außerdem verspielt er die Möglichkeit, die Entscheidung der ARGE später gerichtlich überprüfen zu lassen. Er bekommt keinen schriftlichen Widerspruchsbescheid und hat nichts in der Hand. Ob das, was der freundliche Mitarbeiter von der ARGE im Gespräch gesagt hat, auch nur annähernd den gesetzlichen Vorgaben entspricht, kann niemand mehr nachprüfen. (...) Wird der Widerspruch zurückgenommen, muss die ARGE gar nichts tun, und der Fall taucht auch nicht in der Statistik auf. Wird der Widerspruch aufrechterhalten, muss die ARGE einen schriftlichen Widerspruchsbescheid erlassen, und sie muss schriftlich begründen, warum dem Widerspruch nicht abgeholfen wurde. Legt diese Begründung dass schwarz auf weiß vor, kann man sich überlegen, ob man die Sache nun doch auf sich beruhen lässt, klagt oder zunächst professionellen Rechtsrat einholt. Wer einen schriftlichen Widerspruchsbescheid in Händen hält, bekommt in der Regel einen Beratungshilfeschein ausgestellt. Die Überprüfung des Widerspruchsbescheides durch einen Profi kostet dann gerade mal 10 Euro. ...”

Quelle: www.tacheles-sozialhilfe.de.

Rechtschreibwerkstatt

Anette Nowak
Legasthenietherapie
Lese-/Rechtschreibtraining
Diagnose und Beratung
Auskunft und Anmeldung
04421 - 99 64 70

Betreutes Weihnachten

BAVARIA KRUG

Seit 1913!



Aus der Schule geplaudert

(noa) Es gibt neue PISA-Ergebnisse, und diese haben nicht nur die Kultusbürokratie, sondern auch Teile der Presse zu neuen Methoden der Statistik-Fälscherei beflügelt.

Hurra?

Die Einzige, die angesichts der jüngsten PISA-Studie "Erfolge" für Niedersachsen sieht, ist Frau Heister-Neumann. Niedersachsen belegt nur noch Platz 13 (also den viertletzten Rang) in den Naturwissenschaften und im Leseverständnis, in Mathematik sogar nur Platz 14. (WZ, 18.11.08) Wie man da erklären kann, "seit der ersten Pisa-Studie im Jahr 2000 habe sich das Leistungsniveau deutlich gesteigert" (WZ, 19.11.08), weiß wohl nur unsere Kultusministerin. Oder? Nein, die anderen Minister wissen es auch. Die schaffen es auch, jede Horrormeldung so zu verpacken, dass alles prima ist: Hieß es nicht ebenfalls am 18.11. in der WZ, dass die Ministerien für den Niedersachsen-Monitor "Formulierungen der Lage angepasst" haben? Aus "Frauenarbeitslosigkeit nimmt weniger stark ab" sollte werden "Auch Frauenarbeitslosigkeit nimmt ab"; aus "durchschnittlichen und unspektakulären" Arbeitsmarktwerten wollte das Wirtschaftsministerium "zunehmend positive" machen – da kann man auch aus einem Bildungsdesaster eine Erfolgsstory machen.

In diesem Fall funktioniert das Statistikfälschen so: Man berichtet einfach nur über Deutschland und lässt die Ergebnisse der anderen Staaten weg. Und man spricht nur über die Rangfolge, ohne die erzielten Punktwerte zu nennen. Der SPIEGEL hat genauere Informationen veröffentlicht, und bei der Lektüre wird einem angst und bange.

Oje oje!

Die Spanne vom besten zum schlechtesten Ergebnis beträgt 146 Punkte: Korea 556 – Mexiko 410. Deutschland liegt bei 495 Punkten. Niedersachsen liegt mit 484 Punkten unter dem deutschen Durchschnitt; noch schlechter sind nur Mecklenburg-Vorpommern (480), Hamburg (476) und Bremen (474).

Sachsen, das in dieser neuen PISA-Studie innerhalb Deutschlands auf Platz 1 gelandet ist, liegt mit 512 Punkten immer noch beachtlich weit vom Spitzenreiter Korea entfernt. Da auf den ersten Plätzen die Abstände zwischen den Ländern ziemlich groß sind, liegen vor Sachsen nur sechs Staaten (außer Korea sind das Finnland, Kanada, Neuseeland, Irland und Australien); trotzdem ist es ein bisschen frech, hier von einem "Vorrücken in die Weltspitze" zu sprechen.

Tatsächlich liegt Deutschland mit seinen 495 Punkten knapp über dem OECD-Durchschnitt (492) – und immer noch trifft die härteste Kritik am deutschen Schulwesen zu: Wir lassen die Kinder aus der Unterschicht und die Kinder aus eingewanderten Familien zurück; diese Kinder sind es, die den deutschen Schnitt so sehr nach unten drücken.

Und so wird Sachsens relativer Erfolg im SPIEGEL und anderen Publikationen auch damit begründet, dass es weniger Kinder ausländischer Herkunft hat.

Wo er Recht hat...

Werner Biehl, grüner Ratsherr, Lehrer an der IGS und Kenner des finnischen Schulsystems, fordert in seinem Leserbrief (WZ, 12.12.08): "Wach endlich auf, Niedersachsen" und schreibt Klartext: "Arbeiterkinder, Hartz IV-Kinder, Kinder von alleinerziehenden Frauen und Männern, Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund, Kindern von Aussiedlern (hab' ich welche vergessen?) müssen ohne große Unterstützung der Gesellschaft hart daran arbeiten, überhaupt Abschlüsse zu bekommen." Er kritisiert die Schuldzuweisungen für das schlechte Abschneiden Deutschlands im internationalen Vergleich der Schulleistungen an alle außer den politischen Verantwortlichen und gibt zu denken: "Die skandinavischen Länder, allen voran Finnland, zeigen doch, wie es besser geht." - Hier müssen wir Biehl z. T. korrigieren: Zwar ist Finnland tatsächlich in Europa das erfolgreichste PISA-Land (Platz 2 mit 547 Punkten), und auch Schweden (507) liegt vor Deutschland, doch Dänemark und Norwegen haben noch schlechter abgeschnitten. - Bezogen auf Finnland, wo Kindertagesstätten nur acht bis zehn Kinder in der Gruppe und zwei bis drei KindergartenlehrerInnen mit Hochschulabschluss haben, wo alle Kinder 10 Jahre lang gemeinsam beschult werden, wo die Klassen kleiner sind usw. usw., hat Biehl jedoch unbedingt Recht. Schade, dass überall, wo er vom finnischen Bildungswesen zu sprechen anhebt, die Befürworter unseres gegliederten Schulsystems aufstöhnen und ihm nicht mehr zuhören! Die Abschaffung der Selektion nach Klasse 4, wie sie in Niedersachsen in der vorigen Legislaturperiode des Landtages eingeführt wurde, ist dringend notwendig. Auch das klingt im SPIEGEL an: Dort wird über Sachsen erklärt, dass es "mehr Chancengleichheit" und "nur zwei Schularten" hat.

Traurige Bilanz

Niedersachsen hat dagegen vier Schularten und besteht auf Beibehaltung der Hauptschule, an der sich hauptsächlich die in Werner Biehls Aufzählung genannten Kinder tummeln. Niedersachsen macht "Turbo-Abi" und überstrapaziert die GymnasiastInnen mit z.T. Acht-Stunden-Tagen bei 15 Minuten Mittagspause. Niedersachsen behindert trotz entsprechender Änderung des Schulgesetzes die Einrichtung neuer Gesamtschulen. Niedersachsen betreibt wie Berlin "Hire and Fire" mit Lehrkräften: LehrerInnen werden für die Zeiträume zwischen den Ferien angestellt und müssen sich während der Ferien arbeitslos melden. Niedersachsen überschreitet seine gesetzlich festgelegten Klassenfrequenzen – 33 SchülerInnen in einer Gymnasialklasse sind mittlerweile mancherorts "normal". Niedersachsen schafft immer noch nicht die flächendeckende 100%ige Unterrichtsversorgung in allen Schulen.

Im November haben niedersächsische Schulerinnen und Schüler in mehreren Städten demonstriert. "Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns die Bildung klaut" war die Parole, und mit dieser Parole haben in Hannover die demonstrierenden SchülerInnen dem niedersächsischen Landtag die Hölle heiß gemacht.

Neuer Stadtelternrat

Der Stadtelternrat Wilhelmshaven hat sich am 11. November neu konstituiert. Bernd Rahlf, der jahrelang dem StER vorgestanden hatte, durfte nicht wiedergewählt werden, weil seine beiden Töchter, die er als Elternvertreter durch ihr ganzes bisheriges Schulleben begleitet hat, volljährig geworden sind.

Bernd Rahlf hat die Arbeit des Stadtelternrates geprägt. Vermutlich hat diese Arbeit auch ihn geprägt. Wir finden, er hat seine Arbeit gut gemacht, und wir wünschen ihm ein sinnvolles neues "Hobby".

Die Neuen im Vorstand des StER sind Frank Hansmann (Vorsitzender) von der GS Elisabethschule, der sein Gremium auch im Schulausschuss des Rates vertritt, und Dr. Eva Maria Haarmann (stellvertretende Vorsitzende) von der GS Hafenschule, die ebenfalls im Schulausschuss sitzt. Außerdem wurden Grit Wegmann (Gymnasium am Mühlenweg) zur Kassenführerin, Gaby Wendel-Rothe (IGS) zur Weiterbildungsbeauftragten und Frank Benter (GS Mühlenwegschule) zum Schriftführer gewählt.

Zukunftsinvestition Bildung

Der neue Vorstand formulierte einige der Schwerpunkte für seine Informations- und Sacharbeit. Der bisherige erfolgreiche Weg der Elternarbeit soll auf jeden Fall fortgesetzt werden. Als wichtigsten Punkt nennt der Vorstand nach wie vor die finanzielle Ausstattung für die Schulen in Wilhelmshaven und macht dabei deutlich, dass man endlich davon wegkommen muss, Gelder, die im Bereich Bildung eingesetzt werden, als Ausgaben zu bezeichnen. Diese sind vielmehr Zukunftsinvestitionen, und dieses Verständnis gehört endlich auch in die Köpfe der Verantwortlichen in Stadt und Land. Die Arbeit an den Schulen darf nicht durch eine knappe Finanzlage und ein daraus resultierendes Spardiktat beschränkt werden.

Als weitere Schwerpunkte werden die Beteiligung an den Planungen für die weiterführenden Schulen der Stadt Wilhelmshaven, die Förderung von SchülerInnen aus sozial benachteiligten Gesellschaftskreisen, eine Schulstandortverbesserung (Einrichtung und Ausstattung) und die Schaffung weiterer Ganztagschulen angesehen.

Die Werbung für eine aktive Elternarbeit ist ein "interner" Schwerpunkt der Arbeit des StER Wilhelmshaven. Ehrenamtliche Arbeit für ihre Kinder soll von möglichst vielen Erziehungsberechtigten als besonders lohnenswert angesehen werden, auch wenn die Bereitschaft, sich zu engagieren, in der Gesellschaft abnimmt. Hier sollen die besonderen Berührungspunkte im Tagesmittelpunkt "Schule" deutlich gemacht und Interesse geweckt werden.

Die Vertreter des Stadtelternrates werden weiterhin engagiert im Schulausschuss der Stadt sowie im Landeselternrat und in der Landes- und Kommunalpolitik dafür sorgen, dass Zukunftsthemen nicht nur diskutiert, sondern auch angepackt werden.

Der Stadtelternrat bedankt sich bei allen Eltern, die sich an den Schulen für die Kinder engagieren, bei den Politikern, die die Elternarbeit unterstützen, der städtischen Verwaltung für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit und bei der Presse für ihr Interesse an der Arbeit des Stadtelternrates Wilhelmshaven. □

linke alternative wilhelmshaven - linke alternative wilhelmshaven

Hochrufe auf Christian Wulff im LINKEN Büro - wie kann das angehen?

Am 21. November haben die LAW, DIE LINKE.Wilhelmshaven und der Landtagsabgeordnete Hans Henning Adler zusammen die Eröffnung des neuen Büros in der Gökerstraße 73 gefeiert.

Bei der Eröffnung erklärte Adler, wie es dazu kommt, dass er als MdL hier eine Dependence zu seinem Abgeordnetenbüro in Oldenburg samt einer (Teilzeit-) Mitarbeiterin bezahlen kann: Bei der Landtagswahl hat die CDU bekanntlich kräftig an Stimmen eingebüßt. Da die Ausstattung der Fraktionen mit Geld von der Anzahl ihrer Abgeordneten abhängt, hätte sie ihren Apparat beträchtlich einschränken müssen. Aber so etwas ist kein Problem für eine Partei, die an der Macht ist: Die CDU/FDP-Mehrheit im Landtag erhöhte einfach die Mittel für die Ausstattung der Fraktionen. (Dieselbe CDU/FDP-Mehrheit, die SPAREN!!! ENTSCULDUNG!!! auf ihre Fahnen geschrieben hat und an anderen Stellen, z.B. an der Bildung, auch kräftig spart.)

Von dem erhöhten Betrag für die Fraktionen profitiert nun natürlich auch die LINKE. Hans Henning Adler hat wie seine FraktionskollegInnen der Erhöhung nicht zugestimmt. Doch da sie nun mal beschlossen ist, kann er sie ja auch sinnvoll einsetzen. Und da heißt für die linke

Landtagsfraktion: Mehr Präsenz in der Fläche, mehr Möglichkeiten für die Menschen, sich an die Fraktion zu wenden und ihre Anliegen vorzutragen.

Da damit die LAW und der Kreisverband der Linken nicht mehr von Obdachlosigkeit bedroht sind, erhoben wir am 21. November unsere Gläser auch auf Wulff.

Die Finanzierung des LINKEN Büros steht nun auf drei Säulen. Den größten Einzelbetrag leistet die LAW aus dem Mandatsgeld unseres Rats Herrn Johann Janssen, und neben Adler trägt auch der Bundestagsabgeordnete Dieter Dehm einen Teil bei.

Anja Kindo ist als Mitarbeiterin der beiden Abgeordneten montags, mittwochs und freitags von 14 bis 17 Uhr da und ansprechbar.

Die weiteren regelmäßigen Termine sind nach wie vor:

1. und 3. Mittwoch im Monat 19.30 Uhr: offenes Mitgliedertreffen des Kreisverbandes der Linken

2. Mittwoch im Monat 19.30: kommunalpolitischer Arbeitskreis

4. Mittwoch im Monat 19.30 Uhr: offenes Mitgliedertreffen der LAW

1. Donnerstag im Monat 18.00 Uhr: BürgerInnensprechstunde des Rats Herrn Johann Janssen 1. Sonntag im Monat 11.00 Uhr: Frühschoppen



WählerInnengemeinschaft für
Arbeit und soziale Gerechtigkeit
linke alternative wilhelmshaven



**Gemeinsam stark
für soziale Gerechtigkeit!**

Auf zwei Rädern ins Wirtschaftswunder

Räder, Roller und Mopeds der Achilles-Werke Wilhelmshaven

Sonderausstellung im Küstenmuseum

Kaum eine Zeitgeist-Epoche fasziniert so viele Deutsche wie die legendären 50er Jahre. Noch heute kennen Jugendliche von Eltern und Großeltern Erzählungen und Gebrauchsgegenstände aus dieser Zeit, vor allem aber leben noch viele interessierte Zeitzeugen. Das kam auch Tanja Kwiatkowski zugute, die mit viel Liebe und Engagement die sehenswerte Ausstellung über die Geschichte der Achilles-Werke zusammenstellte. Kaum hatte es sich herumgesprochen, dass die Zweiräder im Küstenmuseum thematisiert werden, meldeten sich Zeitzeugen und Sammler, und noch bei der phänomenal gut besuchten Eröffnung am 7. Dezember brachte ein älterer Herr wunderbare Fotos aus der Achilles-Blütezeit vorbei. Solch eine Ausstellung, die von vielen nicht nur konsumiert, sondern aktiv unterstützt wird, strahlt eine besondere Lebendigkeit aus. So wünschen wir uns das Küstenmuseum.

Die Ausstellung ist mit Original-Fahrzeugen, -Zubehör und anderen Exponaten aus der damaligen Zeit, Fotos, Audio- und Videodokumenten und überschaubaren Texttafeln interessant und anschaulich gestaltet. Den Anziehungspunkt bilden 12 liebevoll restaurierte Zweirad-Oldtimer, doch dahinter steht

die wechselvolle Wirtschafts- und Sozialgeschichte eines mittelständischen Metallbaubetriebes. Die Achilles-Werke gab es (im heutigen Tschechien) schon seit 1894. Ab 1939 wurde auch Rüstungsmaterial produziert. Die Eigentümer-Familie Weikert verschlug es nach Kriegsende und Enteignung über ein Flüchtlingslager an die Jade. 1948 wurde in Langewerth der Betrieb wieder aufgenommen und schwamm erfolgreich auf der Welle der Massenmotorisierung mit. Dabei hatte die Belegschaft noch Muße, sich nebenbei Weihnachtsbaumständer zu schmieden. Ihre Pro-

dukte erwiesen sich als alltagstauglich, wie z. B. die legendäre Alpenquerung von Heinz Schütt mit seinem goldenen Achilles Sport-Roller bewies (den er noch heute besitzt, zu sehen in der Ausstellung), und waren auch bei Rennen erfolgreich. Andere Nutzer schwärmen von der selbstbestimmten Fahrt zum Arbeitsplatz. Auch optisch sprachen die Fahrzeuge in so eleganten Farben wie "Kongogrün-Nilsand" und Modelle wie "Capri" oder "Lido" diverse Zielgruppen an. 1956 hatte der Betrieb 500 Mitarbeiter, und 2.500 Händler bundesweit vertrieben die Achilles-Fahrzeuge. Zwischenzeitlich hatte sich das Schweizer Unternehmen Haefener zu 95% in die Achilles-Werke eingekauft, und der Betrieb war auf Akkordarbeit umgestellt. Doch mit wachsendem Wohlstand eroberten die Autos die Straße, und die Schließung zahlreicher Zweiradfirmen war die Folge. Im Februar 1956 wollte Haefener noch expandieren und auf dem Gelände der Nordwestdeutschen Fahrzeugbaus (Konkurs 1955) neue Produktionshallen errichten, doch, so verrät die Zeittafel in der Ausstellung, die Stadt erfüllte die damit verknüpften Bau- und Darlehensanforderungen nicht. So entschloss sich Haefener für eine Verlagerung nach Süddeutschland. 1958 schlossen die Achilles-Werke in Langewerth für immer ihre Tore. (iz) □



Küstenmuseum Wilhelmshaven,
Weserstraße 58, 26382 Wilhelmshaven,
Tel.: 04421/400940,
www.kuestenmuseum.de.
Di. bis So. 10 bis 17 Uhr
(24.12. bis 25.12. und 31.12. bis 1.1.
geschlossen)